Bayerischer Landtag
4. Wahlperiode
Stenographischer Bericht

127. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Juli 1962, 15 Uhr
in München

Geschäftliches 3950, 3951, 3969, 3980

Wiedergenesung des Abg. **Dr. Oechsle** 3950

Nachruf auf das frühere Mitglied des Landtags, Staatsminister a. D. **Josef Seifried** 3951

Wahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs

Ergänzung des Beschlusses auf Beil. 3047 3952

Mündliche Anfragen gem. § 78 Gescho

1. Standort des neuen Atom-Großkraftwerks in Bayern

Dr. Merkt (CSU) 3952
Staatsminister Dr. Schedl 3952

2. Gebührenerhebung für Auskünfte der Ministerien

Köhler (GDP) 3952
Staatsminister Dr. Maunz 3952

3. Stellenhebung für Dozenten an Ingenieurschulen

Drexler (SPD) 3953
Staatsminister Dr. Maunz 3953

4. Vorlage eines Schulentwicklungsplanes

Förster (SPD) 3953
Staatsminister Dr. Maunz 3953

5. Verschleierte Preiserhöhungen bei fertig verpackten Lebensmitteln

Hilburger (CSU) 3953
Staatsminister Dr. Schedl 3953

6. Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 4. Oktober 1955 betr. Ehrensold und Ordenspensionen
Lallinger (BP) 3954
Staatssekretär Dr. Lippert 3954

7. Tätigkeit der Fachberater für Jugendschutz im Schrifttum
Falk (FDP) 3954
Staatsminister Dr. Maunz 3954

8. Zukünftiger finanzieller Bedarf der wissenschaftlichen Einrichtungen
Mohrmann (SPD) 3955
Staatsminister Dr. Eberhard 3955

9. Grundstücksverkauf an Makler Hackel in Nürnberg — vergl. 118. Sitzung Anfrage 13 —
Rupprecht (SPD) 3955, 3956
Staatsminister Dr. Hundhammer 3955, 3956

10. Errichtung einer Akademie für Arbeitsmedizin
Dr. Becher (GDP) 3956
Staatsminister Stain 3956

11. Auszahlung der Entschädigung bei Schweinepest
Pöllath (BP) 3957
Staatsminister Goppel 3957

12. Konfessionelle Trennung der musischen und gymnastischen Fächer an der Pädagogischen Hochschule München-Pasing
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP) 3957
Staatsminister Dr. Maunz 3957

13. Versuch der Müllverwertung
Zink (SPD) 3957
Staatsminister Goppel 3958

14. Ausrüstung der Polizei mit Gummiknüppeln
Prochazka (GDP) 3958
Staatsminister Goppel 3958

15. Polizeischutz auf dem flachen Land
Dr. Ernst (BP) 3958
Staatsminister Dr. Goppel 3958

16. Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen
Dr. Wüllner (FDP) 3959
Staatsminister Stain 3959

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (Beil. 3028)

— Zweite Lesung —

Berichte des Beamtenrechtsausschusses (Beil. 3127), des Haushaltsausschusses (Beil. 3140) und des Verfassungsausschusses (Beil. 3144)
Dr. Fischer (CSU), Berichterstatter 3959, 3961
Riediger (GDP), Berichterstatter 3960

Köglasperger (SPD)	3961	Dr. Hoegner, Schlichtinger u. Frakt. betr. vorbereitende Maßnahmen für die Errichtung einer 4. Landesuniversität in Regensburg (Beil. 2969)	
Vilgertshofer (CSU)	3962	Berichte des Kulturpolitischen Ausschusses (Beil. 3085) und des Haushaltsausschusses (Beil. 3133)	
Dr. Panholzer (BP)	3963	Gentner (SPD), Berichterstatter	3976
Dr. Dehler (FDP)	3964, 3967	Zillibiller (CSU), Berichterstatter	3977
Staatsminister Dr. Eberhard	3964, 3969	Beschluß	3977
Dr. Sornik (GDP)	3966	Anträge der Abg. Zink und anderer betr. Errichtung einer technischen Fakultät für Kernphysik und Strahlenforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg (Beil. 2234)	
Abstimmungen	3967, 3968	Dr. Merk, anderer u. Frakt. betr. Errichtung einer technischen Fakultät an der Universität Erlangen-Nürnberg und Errichtung einer Medizinischen Akademie in Augsburg (Beil. 2855)	
Gabert (SPD)	3967	Berichte des Kulturpolitischen Ausschusses (Beil. 3087, 3129) und des Haushaltsausschusses (Beil. 3134)	
Kallenbach (FDP), zur Abstimmung	3968	Sonntag (SPD), Berichterstatter	3977
— Dritte Lesung —		Dr. Schubert (CSU), Berichterstatter	3978
Abstimmungen	3969	Zillibiller (CSU), Berichterstatter	3978
Schlußabstimmung	3969	Bezold (FDP), zur Geschäftsordnung	3978
Köglasperger (SPD), zur Abstimmung	3969	Fink Hugo (CSU), zur Geschäftsordnung	3978
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Hoegner, Fischer W., Sauer H., Köglasperger u. Frakt. betr. Übergangszahlung an die Beamten und Versorgungsempfänger des B. Staates (Beil. 3132)		Beschluß	3979
und		Antrag der Abg. Ohliger und anderer betr. Errichtung einer Medizinischen Akademie in München (Beil. 2053)	
Antrag der Abg. Hilburger, Dr. Becher u. Frakt. betr. Erhöhung der Grundgehälter der bayer. Beamten und Versorgungsempfänger (Beil. 3152)		Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses (Beil. 3088)	
Bericht des Beamtenrechtsausschusses (Beil. 3155)		Lauerbach (CSU), Berichterstatter	3979
Hierzu Schreiben des Ministerpräsidenten vom 10. Juli		Dr. Dehler (FDP)	3980
Köglasperger (SPD), Berichterstatter	3970	Beschluß	3980
Dr. Panholzer (BP)	3971	Nächste Sitzung	3980
Staatsminister Dr. Eberhard	3971		
Dr. Zdralek (SPD)	3972	Beginn der Sitzung: 15 Uhr 2 Minuten.	
Beschluß	3973	Präsident Hanauer: Ich eröffne die 127. Sitzung des Bayerischen Landtags. Ich übergebe die Liste der entschuldigten Kollegen zu Protokoll.*)	
Antrag der Abg. Dr. Merk, anderer u. Frakt., Dr. Becher, Riediger, Dr. Wüllner u. Frakt. betr. Gesetz über die Errichtung einer 4. Landesuniversität (Beil. 2854)		Ich darf vorweg in unserer Mitte Herrn Kollegen Minister Dr. Oechsle begrüßen und ihm wünschen, daß der Gesundungsprozeß weiter befriedigt	
— Zweite Lesung —			
Berichte des Kulturpolitischen Ausschusses (Beil. 3128), des Haushaltsausschusses (Beil. 3139) und des Verfassungsausschusses (Beil. 3143)			
Dr. Schubert (CSU), Berichterstatter	3973		
Zillibiller (CSU), Berichterstatter	3974		
Dr. Huber (CSU), Berichterstatter	3975		
Abstimmungen	3975		
— Dritte Lesung —			
Abstimmungen	3976		
Schlußabstimmung	3976		
Anträge der Abg. Schlichtinger und anderer betr. Errichtung einer 4. Landesuniversität in Regensburg (Beil. 1885)			
Dr. Fischer und anderer, Schlichtinger und anderer, Dr. Becher, Dr. Wüllner u. Frakt., Pöllath, Dr. Fischbacher, Dr. Ernst betr. Errichtung einer 4. Landesuniversität in Regensburg (Beil. 2145),			

*) Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Bachmann Georg, Bachmann Wilhelm, Dr. Baumgartner, Groß, Kiene, von Knoeringen, Mergler, Müller Friedrich, Dr. Oeckler, Dr. Pirkl, Schaller Helmut, Schaller Wilhelm, Schuster, Suttner und Wolff.

(Präsident Hanauer)

gend verläuft, bis die Gesundheit wieder voll hergestellt ist.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, Hohes Haus! Zu Beginn der heutigen Sitzung obliegt mir die traurige Pflicht, Ihnen das Ableben des früheren Mitglieds des Bayerischen Landtags, Herrn Staatsminister a. D. Josef Seifried, mitzuteilen.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Herr Josef Seifried, am 9. Mai 1892 in München geboren, war nach Absolvierung der Oberrealschule im Zeitungswesen tätig. Bereits frühzeitig widmete er sich aktiv der Politik. Von 1928 bis 1933 gehörte er schon dem Bayerischen Landtag an. Während dieser Zeit hat er sich mit Erfolg mit Wirtschaftsfragen, Verkehrs- und Besoldungsfragen befaßt. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde seine politische Tätigkeit jäh unterbrochen. Er hatte in der damaligen Zeit viel Leid zu ertragen. 1945 stellte er sich sofort tatkräftig dem Wiederaufbau unserer bayerischen Heimat zur Verfügung. Er wurde ins Kabinett berufen und gehörte ihm als bayerischer Staatsminister des Innern bis 1947 an. In die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt war er Abgeordneter des Bayerischen Landtags bis 1950. Seine reichen parlamentarischen Erfahrungen kamen besonders in den Ausschüssen für den Staatshaushalt, für Verfassungsfragen und für Geschäftsordnung zur Geltung. Alle, die ihn kannten, haben ihn wegen seines ruhigen, freundlichen Wesens und seiner verbindlichen Art schätzen gelernt. Durch seine hohe Pflichtauffassung verschaffte er sich überall Ansehen und Achtung. Aus Gesundheitsgründen mußte er 1950 seine aktive politische Laufbahn beenden. Seine großen Verdienste wurden besonders gewürdigt durch die Verleihung des Bayerischen Verdienstordens. Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zum Zeichen der Trauer von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Über den Verlauf der Tagesordnung möchte ich im Einvernehmen mit dem Ältestenrat dem Hohen Hause folgendes vorschlagen: Zunächst rufe ich auf Mündliche Anfragen, von denen ich hoffe, daß sie uns nicht allzulange beschäftigen. Darf ich ganz generell noch einmal festhalten oder wieder einmal betonen, daß in der Fragestunde nur das Recht besteht, eine Frage zu stellen, und daß die geschäftsordnungsmäßige Befugnis zu einer Frage zweifellos überschritten ist, wenn es sich um ein ganzes Fragenbündel handelt, das dem jeweiligen Ressortminister unterbreitet wird.

Nach den Mündlichen Anfragen möchte ich dann die Punkte 4 und folgende aufrufen und werde Ihnen zu gegebener Zeit vorschlagen, die Aussprache zu den Punkten 5 bis 8 nach der Berichterstattung gemeinschaftlich durchzuführen. Es handelt sich um den im Sachzusammenhang stehenden Komplex der Universitätsprobleme.

Morgen früh um 9 Uhr beginnt die auf 3 Stunden, je 1½ Stunden, festgesetzte Aussprache zum

Nachtragshaushalt mit vorausgehender Berichterstattung, so daß wir dann am Nachmittag mit der Schlußrede des Herrn Finanzministers beginnen, danach die Abstimmungen durchführen und schließlich die Tagesordnung fortsetzen können, soweit wir heute, vor allem mit den Punkten 5 bis 8, nicht zu Ende gekommen sein sollten. Es ist mein Bemühen, nach Möglichkeit den Donnerstag, zumindest zum größten Teil, für noch notwendige Ausschußsitzungen frei zu halten. Ich darf die Herren Ausschußvorsitzenden bitten, sich entsprechend einzurichten.

Den Rest der Tagesordnung, die noch nicht erledigten Anträge, werde ich dann am Freitag früh aufrufen, wobei es uns vorbehalten bleibt, bei weitgehend erledigter Tagesordnung eventuell den Beginn der Sitzung etwas zu verschieben — wir werden außerdem noch mit einer Nachtragstagesordnung rechnen müssen —, weil erst am Freitag um 9 Uhr der Senat tagt und wir seine Ergebnisse zu einer Reihe von Gesetzen noch abwarten müssen.

Meine Damen und Herren, darf ich um Ihr Einverständnis bitten, außerhalb der Tagesordnung noch eine Angelegenheit zu behandeln, die einer klärenden Berichtigung bedarf. Ich möchte noch einmal aufrufen die Angelegenheit

Wahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs.

Das Hohe Haus hat am 22. Mai dieses Jahres beschlossen, den Herrn Abgeordneten Dr. Keller „anstelle des Abgeordneten Dr. Paul Wüllner“ auf Vorschlag seiner Fraktion nach dem Fraktionsaustritt des Herrn Dr. Paul Wüllner als nichtberufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zu wählen (Beilage 3047).

Der Herr Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs hat in einem an mich gerichteten Schreiben vom 2. Juli 1962 darauf hingewiesen, daß bei der Durchführung dieses Beschlusses gewisse Unklarheiten vorhanden seien, da der Herr Abgeordnete Dr. Wüllner auf die Mitgliedschaft im Bayerischen Verfassungsgerichtshof nicht verzichtet habe und auf Grund der verfassungsmäßigen und nach dem Gesetz vorhandenen Rechte dazu auch nicht angehalten werden könne.

Zur Bereinigung dieser Angelegenheit schlage ich daher im Einvernehmen mit dem Ältestenrat und auf Anregung des Herrn Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs dem Hohen Hause vor, den Beschluß der Vollversammlung vom 22. Mai 1962 dahingehend zu berichtigen, daß die Worte „anstelle des Abgeordneten Dr. Paul Wüllner“ entfallen. Die praktische Auswirkung wäre, daß für den noch offenen Rest der Zugehörigkeit zum Verfassungsgerichtshof in dieser Amtsperiode die beiden Herren, Herr Dr. Wüllner und Herr Dr. Keller, abwechselnd zu Sitzungen einberufen werden.

Der Beschluß der Vollversammlung hätte dann folgenden Wortlaut, den ich Ihnen hiermit vorschlage:

Der Bayerische Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Herrn Abgeordneten Dr. Wilfried Keller als nichtberufsrichter-

(Präsident Hanauer)

liches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt.

Wer dem beitreten will, den darf ich bitten, sich vom Platz zu erheben. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — 6 Stimmenthaltungen. Bei 6 Stimmenthaltungen ist das so angenommen. Ich stelle die entsprechende Zustimmung des Hohen Hauses zu der vorgeschlagenen Änderung fest.

Wir kommen dann zu Punkt 1 der Tagesordnung, zu den

Mündlichen Anfragen gemäß § 78 der Geschäftsordnung.

Der Herr Wirtschaftsminister ist inzwischen eingetroffen; ich kann deshalb mit dem Punkt 1 der Tagesordnung beginnen.

Erster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Merkt.

Dr. Merkt (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Im Anschluß an eine Tagung des Deutschen Atomforums in Kahl am Main ist in Presseberichten davon die Rede gewesen, daß nach längeren Verhandlungen mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG über den **Standort des Atomgroßkraftwerks** in Bayern die Bayerische Staatsregierung erst zu Beginn dieses Jahres das RWE auf mögliche wasserwirtschaftliche Schwierigkeiten bezüglich des Standortes aufmerksam gemacht habe.

Ich frage den Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, warum auf diese Schwierigkeiten nicht frühzeitiger hingewiesen wurde.

Präsident Hanauer: Die Antwort erteilt der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Staatsminister Dr. Schedl: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Merkt beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG hat mit Schreiben vom 24. November 1960 das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr u. a. um Mitteilung gebeten, ob gegen den **Raum Bertoldsheim** als Standort für ein Atomkraftwerk Bedenken bestehen. Mit Entschließung vom 27. Dezember 1960 hat das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr zu diesen Fragen u. a. ausgeführt:

„Indessen ist schon jetzt darauf hinzuweisen, daß voraussichtlich von seiten der Wasserwirtschaft schwerwiegende Bedenken gegen die Standortwahl erhoben werden. Das Donau-Alluvium zwischen Schäfstall (11 km westlich des geplanten Standortes) und Stepperg (5 km östlich des geplanten Standortes) gilt nämlich als Wassererschließungsgebiet für die Trinkwasserversorgung des Industrieraumes Nürnberg-Fürth-Erlangen, da alle in der näheren Umgebung dieses Industrieraumes vorhande-

nen Reserven in wenigen Jahren restlos ausgeschöpft sein werden. Das Grundwasser in dem genannten Abschnitt des Donautales darf daher keinesfalls gefährdet werden.

Dem Vernehmen nach hat die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG auch einen Standort bei Wertingen in die engere Wahl gezogen, für den vielleicht Einwände der erwähnten Art nicht erhoben werden müssen. Auch wäre daran zu denken, ob nicht ein Gelände östlich von Stepperg für die geplante Anlage in Betracht käme, falls Sie grundsätzlich an dem Donaauraum zwischen Donauwörth und Neuburg festhalten wollen. Andernfalls wäre an einen Standort an der unteren Donau, etwa im Raum Plattling-Passau, zu denken.

Es wird gebeten, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Außerdem darf zur Vermeidung eines Zeitverlustes empfohlen werden, gleichzeitig einen Antrag zur Überprüfung des Ausweichvorschlages bei Wertingen zu stellen. Die Landesplanungsstelle steht selbstverständlich zu einer Besprechung über die Standortfrage gerne zur Verfügung.“

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete von Knoering.

(Abg. Gräßler: Ich bitte um Zurückstellung!)

— Ich stelle die Frage zurück, bis sich das interfraktionell geklärt hat.

Ich rufe auf die Frage 3 und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Köhler.

Köhler (GDP): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Die Monatszeitschrift des VdK — „Wille und Weg“ — rügt in ihrer Juliausgabe 1962 die Tatsache, daß das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bei **Antworten auf Anfragen** von seiten der Staatsbürger **Gebühren** verlangt. Sie weist gleichzeitig darauf hin, daß andere Ministerien, z. B. das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, Auskünfte ohne Gebühren erteilen.

Ich frage den Herrn Staatsminister, ob es in diesem Zusammenhang allgemein gültige Vorschriften gibt und ob es nicht möglich ist, insbesondere bei Anfragen mit sozialem Hintergrund von einer Erhebung der Gebühren abzusehen.

Präsident Hanauer: Die Antwort gibt der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Maunz: Herr Präsident, Hohes Haus! Maßgebend für Gebührenerhebungen ist das Bayerische **Kostengesetz** vom 17. Dezember 1956. Danach ist für Amtshandlungen eine Rahmgebühren von einer bis 10 DM zu erheben. Gelegentliche Auskünfte einfacher Art sind kostenfrei. Das Kostengesetz enthält keine Bestimmung, wonach es allgemein zulässig wäre, bei Anfragen mit sozialem Hintergrund von der Ansetzung einer Gebühr

(Staatsminister Dr. Maunz)

abzusehen. Jedoch kann bei besonderer Härte oder bei mangelnder Einziehbarkeit von der Einziehung abgesehen werden. Der Rechtsstaat, auf den die genannte Zeitschrift Bezug nimmt, verlangt, daß Gesetze von der Exekutive so angewandt werden, wie sie beschlossen worden sind.

(Gut!)

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Drexler (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einigen Bundesländern wurden die Stellen der **Dozenten an den Ingenieurschulen** angehoben bzw. deren Anhebung in die Wege geleitet. Damit entsteht die Gefahr des Abwanderns bester Dozenten aus Bayern in diese Länder.

Ich frage daher den Staatsminister für Unterricht und Kultus, ob in Bayern die Eingabe des Verbandes der Dozenten an bayerischen Ingenieurschulen ernsthaft erwogen und bereits mit dem Haushaltsjahr 1962 die **Stellenhebung** im Entwurf vorgesehen wird.

Ich frage ferner an, ob Planstellen für Betriebsleiter an Ingenieurschulen mindestens nach Besoldungsgruppe A 11 geschaffen werden, damit auch qualifizierte Bewerber eingestellt werden können.

Präsident Hanauer: Die Antwort erteilt der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Maunz: Herr Präsident, Hohes Haus! Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat zum ganzen Fragenkomplex in einem Schreiben vom 23. November 1961 an den Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags ausführlich Stellung genommen. Es handelte sich um die **Eingabe** des Verbandes der Dozenten an bayerischen Ingenieurschulen. Wenn die Besoldungsverhältnisse einer bestimmten Lehrergruppe geändert werden sollen, ergeben sich sogleich Rückwirkungen auf andere Lehrergruppen. Die Frage der **Besoldungsänderung einer Gruppe** kann daher nur im Zuge einer Änderung der Besoldungsordnung in größerem Umfang gelöst werden. Bisher haben sich bei der Besetzung von Planstellen bei staatlichen Ingenieurschulen keine nennenswerten personellen Schwierigkeiten ergeben.

Bei Ingenieurschulen wurde im Haushalt 1962 eine Planstelle für einen technischen Inspektor geschaffen. Es handelt sich um einen Einzelfall, da nur eine Ingenieurschule eine solche Stelle benötigt hat. Wenn weitere Stellen beantragt werden, wird der Bedarf sorgfältig geprüft werden.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Förster. Ich erteile ihm das Wort.

Förster (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage lautet: Ist noch in dieser Legislaturperiode mit dem **Schulentwicklungsplan** zu rechnen?

Präsident Hanauer: Die Antwort erteilt der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Maunz: Herr Präsident, Hohes Haus! Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat den **Entwurf** eines Schulentwicklungsplanes fertiggestellt. Es muß aber noch eine Abstimmung mit den anderen beteiligten Ressorts erfolgen. Der Ministerrat wird sich demnächst mit der Angelegenheit befassen. Es wird angestrebt, den Plan möglichst bald bekanntzugeben.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Hilburger. Ich erteile ihm das Wort.

Hilburger (GDP): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Von seiten der Hausfrauen wird im Zusammenhang mit den so merklich fühlbaren **Preiserhöhungen** im Sektor der allgemeinen Lebenshaltung darüber Klage geführt, daß durch **Gewichtsminderungen** bei fertigverpackten Lebensmitteln eine verschleierte Preiserhöhung erreicht wird.

Welche Möglichkeiten bestehen, um durch eine entsprechende Kontrolle diesem Mißstand abzu-
helfen?

Präsident Hanauer: Die Antwort gibt der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Staatsminister Dr. Schedl: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beehre mich, die Anfrage des Herrn Abgeordneten Hilburger wie folgt zu beantworten.

Von den fertigverpackten Lebensmitteln unterliegen zur Zeit nur noch Milch und Weißzucker den öffentlich-rechtlichen **Preisvorschriften**. Bei Milch und Weißzucker stellt eine Gewichtsverminderung ohne entsprechende Preissenkung einen Preisverstoß dar, der als Ordnungswidrigkeit oder in besonders schweren Fällen als Wirtschaftsstraf-
tat geahndet wird. Öffentlich-rechtliche Gewichts-
vorschriften bestehen andererseits für Brot, Butter, Schmelzkäse und Käsezubereitungen, deren Verkauf nur in bestimmten Mengen und bei entsprechender Gewichtsangabe auf der Packung oder dem Behältnis zulässig ist. Eine Gewichtsverminderung, die zu einem hiernach unzulässigen Gewicht führt, wird als Vergehen bestraft.

Die Preise aller übrigen fertig verpackten Lebensmittel unterliegen in bezug auf Preis und Gewicht keinen öffentlich-rechtlichen Bindungen mehr. Der Einzelhandel ist aber zur Offenlegung des Preises und des als handelsübliche Verkaufseinheit geltenden Gewichts verpflichtet. Diese Offenlegung hat nach § 2 der **Verordnung über Preisauszeichnung** bei sichtbar ausgestellten Waren durch Angabe des Preises und des Gewichts auf einem gut lesbaren Preisschild, bei nicht sichtbar ausgestellten Waren zum alsbaldigen Verkauf bereitgehaltenen Waren durch Angabe des Preises und des Gewichts auf einem Preisschild, einem Preisverzeichnis oder einer aufgelegten Preisliste zu erfol-

(Staatsminister Dr. Schedl)

gen. Darüber hinaus schreibt die **Lebensmittel-Kennzeichnungs-Verordnung** vor, daß bei den meisten Lebensmitteln auf der Packung oder dem Behältnis in deutlich sichtbarer, leicht lesbarer Schrift das Maß oder Gewicht zur Zeit der Füllung oder die Stückzahl angegeben werden muß. Diese Vorschriften, deren Nichtbefolgung als Ordnungswidrigkeit bzw. als Vergehen verfolgt wird, ermöglichen es dem Verbraucher auch bei solchen abgepackten Lebensmitteln, für die keine öffentlich-rechtlichen Preis- oder Gewichtsvorschriften mehr bestehen, etwaige Gewichtsverminderungen zu erkennen und der gegebenenfalls darin liegenden Preiserhöhung durch marktgerechte Konsumwahl entgegenzuwirken.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Lallinger; ich erteile ihm das Wort.

Lallinger (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an die Bayerische Staatsregierung.

Der Bayerische Landtag hat am 4. Oktober 1955 folgendem Antrag zugestimmt:

Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich einen Gesetzentwurf über die Zahlung der Ordenspension an die Träger des Bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens und über die Zahlung eines Ehrensoldes an die Inhaber der Bayerischen Tapferkeitsmedaille vorzulegen und damit dem Landtagsbeschluß vom 27. Oktober 1954 Rechnung zu tragen.

Ich frage die Staatsregierung, bis zu welchem Zeitpunkt mit der Vorlage dieses Gesetzentwurfs zu rechnen ist.

Präsident Hanauer: Ich erteile dem Herrn Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen das Wort.

Staatssekretär Dr. Lippert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nach längeren Beratungen im Bundesrat wurde durch das Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 26. Juli 1957 die **Auszahlung eines Ehrensoldes** für Träger höchster Kriegsauszeichnungen auf **Bundesebene** ermöglicht. Nach § 11 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Auszahlung des Ehrensoldes für Träger höchster Kriegsauszeichnungen des ersten Weltkriegs vom 6. August 1957 erhalten die Träger des Bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens sowie die Inhaber der Bayerischen Tapferkeitsmedaille einen Ehrensold von monatlich 25 DM. Dieser wird seit 1. Oktober 1956 gezahlt. Es darf deshalb angenommen werden, daß damit dem Beschluß des Bayerischen Landtags vom 4. Oktober 1955 entsprochen wurde, zumal der Bayerische Ministerrat in seiner Sitzung vom 2. September 1958 beschlossen hatte, daß die bundesgesetzliche Regelung beibehalten werden solle.

Die Träger des Bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens hatten ab 1. April 1925 eine Ordenspension erhalten, die höchstens 300 RM jährlich nicht übersteigen durfte. Den Inhabern der Bayerischen Tapferkeitsmedaille wurden vom gleichen Zeitpunkt ab Ehrenzulagen in Höhe von jährlich 120 bzw. 60 RM zugesprochen, die im Jahre 1939 auf einheitlich 20 RM monatlich erhöht worden waren. Die bundesrechtliche Regelung geht demnach über diese Sätze hinaus.

In den übrigen Bundesländern werden zusätzliche Leistungen an Träger höchster Kriegsauszeichnungen nicht gewährt. Wenn Bayern davon abweicht, wird die durch die bundesrechtliche Regelung geschaffene einheitliche Behandlung der Auszahlung eines Ehrensoldes gefährdet.

Präsident Hanauer: Das Wort zu den nächsten Fragen hat der Herr Abgeordnete Falk.

Falk (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Trifft es zu, daß die **Fachberater für Jugendschutz im Schrifttum**, wie in einem Schreiben des Kultusministeriums an den Beauftragten für das Volksbüchereiwesen mitgeteilt wird, keine Vergütung erhalten?

Wie stellt sich der Herr Kultusminister die Tätigkeit dieser Fachberater vor, wenn monatlich für einen gesamten Regierungsbezirk nur 50 DM Reisekosten anfallen dürfen?

Ist dem Herrn Kultusminister bekannt, daß diese Fachberater laut Bestellungsschreiben vom 22. September 1960 jährlich wenigstens einmal in das Kultusministerium zu einer Besprechung berufen werden sollen, was bis zur Stunde noch nicht gesehen ist?

Glaukt der Herr Kultusminister, daß die Unterstellung der Fachberater unter sogenannte **Beratungsstellen** zweckmäßig ist, nachdem es diese Beratungsstellen bisher noch nicht der Mühe wert gefunden haben, Kontakt mit den Regierungsfachberatern aufzunehmen?

Präsident Hanauer: Die Fragen beantwortet der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Maunz: Herr Präsident, Hohes Haus! Bei den Fachberatern für Jugendschutz im Schrifttum handelt es sich um sieben Lehrer, die als Staatsbeamte ihre vollen Dienstbezüge erhalten. Sie haben sich zu den **ehrenamtlichen Aufgaben** des Jugendschutzes freiwillig gemeldet, in Kenntnis der Tatsache, daß für dieses Ehrenamt keine Besoldung gewährt wird. Das Ministerium freut sich darüber, daß es Persönlichkeiten gibt, die eine solche ehrenamtliche Tätigkeit ausüben.

Den Fachberatern wird **Reisekostenvergütung** nach den allgemeinen Vorschriften gegeben. Von dem im Haushalt 1962 angesetzten Betrag für Rei-

(Staatsminister Dr. Maunz)

sekosten ist im ersten halben Jahr 1962 noch nichts in Anspruch genommen worden. Der ganze Betrag steht daher für das zweite Halbjahr zur Verfügung. Eine überplanmäßige Erhöhung des Betrags bei nachgewiesenem Bedarf ist vom Staatsministerium der Finanzen in Aussicht gestellt worden.

Die in Aussicht genommene Besprechung der Fachberater mußte wegen Termenschwierigkeiten der Beteiligten mehrmals verschoben werden; sie ist jetzt auf den 24. Juli 1962 festgesetzt.

Die Beratungstätigkeit über den Jugendschutz im Schrifttum bedarf der positiven Ergänzung durch die Förderung des guten Jugendschrifttums. Diese ist eine Aufgabe der staatlichen Beratungsstellen für Volksbüchereien. Ihre Leitung liegt in den Händen von Diplom-Bibliothekaren, die eine dreijährige Fachausbildung für ihre Arbeit im Bereich des Schrifttums genossen haben. Eine enge Verbindung der ehrenamtlichen Fachberater mit diesen Fachleuten der staatlichen Beratungsstellen erscheint von der Sache her geboten.

Präsident Hanauer: Ich darf nunmehr rückgreifend die Frage Nr. 2 aufrufen. Für Herrn von Knoeringen stellt die Frage der Herr Abgeordnete Mohrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Mohrmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Finanzminister.

Ist dem Herrn Finanzminister bekannt, daß der Vorsitzende des Wissenschaftsrates in einer Zusammenstellung über den voraussichtlichen **Bedarf der wissenschaftlichen Einrichtungen** der Bundesrepublik folgendes festgestellt hat:

Von 1963 an gerechnet werden in zwei Fünf-Jahres-Perioden die Bauaufgaben im Hochschulbereich ein Finanzvolumen von 13 bis 15 Milliarden DM erfordern. Das heißt, wenn diese Aufgaben bewältigt werden sollen, müssen auf zehn Jahre die 1962 bereitgestellten Mittel von 470 Millionen DM mindestens verdreifacht werden. Die laufenden Ausgaben für die Hochschulen erfordern eine 85prozentige Steigerung gegenüber 1962. Ich frage den Herrn Finanzminister:

1. Sind die Finanzminister der Länder imstande, bei den Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister den Gesamtbedarf der Länder für die Kulturpolitik auf Grund von Bedarfsplänen bekanntzugeben?

2. Welche Vorstellungen bestehen darüber, wie die Länder in den kommenden Jahren die enorme Aufgabensteigerung im kulturellen Bereich bewältigen sollen?

Präsident Hanauer: Die Antwort gibt der Herr Staatsminister der Finanzen.

Staatsminister Dr. Eberhard: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Ziffer 1 der Anfrage des Herrn von Knoeringen, vorgetra-

gen durch Herrn Kollegen Mohrmann, möchte ich wie folgt beantworten:

Die **Kultusministerkonferenz** der Länder führt gegenwärtig eine Erhebung über den finanziellen Bedarf für Schulen und für Wissenschaft durch, und zwar über den Bedarf für die nächsten fünf Jahre. Es ist damit zu rechnen, daß Ergebnisse der Erhebung in Gestalt von **Bedarfsplänen** im Herbst 1962 vorliegen und von den Finanzministern bei den Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister verwendet werden können.

Zur Frage 2, welche Vorstellungen darüber bestehen, wie die Länder in den kommenden Jahren die enormen Aufgabensteigerungen im kulturellen Bereich bewältigen sollen, darf ich sagen, daß infolge des Umfangs und der Größenordnung sicherlich in allen Ländern noch keine konkreten Vorstellungen darüber bestehen.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Rupprecht.

Rupprecht (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Auf die mündliche **Anfrage** meines Fraktionskollegen Ferdinand Drexler vom 10. April 1962 erklärte der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Preis von 12,25 DM, den der **Makler Hackel** an den Staat bezahlte, sei so errechnet, daß nach den Bebauungsmöglichkeiten ein wesentlicher Teil des verbliebenen Grundstückspreises für Grünflächen, Verkehrswege und Spielplätze ausgespart werden müsse. Daraus ergibt sich auf der Basis eines Preises von 12,25 DM pro qm eine tatsächliche Bezahlung von nur rund 10 ha. Da aber dem Makler 22 ha übereignet wurden, kommt dies einer Schenkung von knapp 12 ha für die angeführten Zwecke gleich.

Ich frage daher den Herrn Staatsminister, ob diese Schenkung von 12 ha an Hackel einmalig ist oder ob beispielsweise Gemeinden oder gemeinnützige Verbände schon ähnliche Geschenke aus dem staatlichen Grundbesitz erhalten oder zu erwarten haben.

Präsident Hanauer: Die Antwort gibt der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Staatsminister Dr. Dr. Hundhammer: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Meinung, daß die Bayerische Staatsforstverwaltung gewillt sein könnte, allgemein oder in Einzelfällen Grundstücke zu verschenken, beruht auf einem Irrtum.

(Abg. Bezold: Leider!)

Bei dem in der Anfrage angesprochenen Vorgang handelt es sich, wie dem Herrn Fragesteller bekannt sein dürfte, nicht etwa um ein in freier Entscheidung getroffenes Verkaufsgeschäft, sondern um einen unter Berücksichtigung zweifelhafter Prozeßaussichten abgeschlossenen **Vergleich**.

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

Die gegen den Nürnberger Notar Pegels, den Grundstücksmakler Hackel und Oberforstmeister Fink schwebenden Verfahren sollen — und werden hoffentlich — Klarheit darüber bringen, ob und in welchem Umfang bei dem ursprünglich abgeschlossenen Vertrag beteiligten Beamten und Dienststellen Fehler oder Unkorrektheiten unterlaufen sind.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß von dem Gesamtgrundstück, das ja ursprünglich um 10 ha größer war, im Zeitpunkt der Veräußerung, also im August 1960, nur eine **Teilfläche** von 35 000 qm als **Baugebiet** ausgewiesen war. Heute steht fest, daß mindestens 48 000 qm wegen einer Straßenplanung nicht der Bebauung zugeführt werden können, wobei es sich nach Lage und Geländebeschaffenheit um einen wertvollen Teil des Gesamtgebiets handelt. Ein im Auftrag der Staatsanwaltschaft, die ja mit der Sache befaßt ist, erstelltes Schätzgutachten hält unter dem Vorbehalt des Bebauungsrisikos des Erwerbers einen durchschnittlichen Quadratmeter-Bruttopreis von 7,33 DM für angemessen.

(Abg. Rupprecht: Eine Zusatzfrage, bitte!)

Präsident Hanauer: Zu einer Zusatzfrage hat nochmals das Wort der Herr Abgeordnete Rupprecht.

Rupprecht (SPD): Ich möchte den Herrn Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten fragen, ob demnach die Rechnung doch zutrifft, daß in diesem Fall bei 22 ha ein Quadratmeterpreis von rund 5,50 bis 6 DM zustande kommt.

Präsident Hanauer: Die Zusatzfrage beantwortet der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Staatsminister Dr. Dr. Hundhammer: Die vom Herrn Fragesteller vertretene Auffassung trifft nicht zu.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Becher; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Becher (GDP): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

Aus der letzten Etatrede des Herrn Staatsministers für Arbeit und soziale Fürsorge und aus den Diskussionsbeiträgen verschiedener Mitglieder des Hohen Hauses war der allgemeine Wunsch ersichtlich, durch Errichtung einer **Akademie für Arbeitsmedizin** dem dringenden Bedürfnis nach gesundheitlichem Schutz des arbeitenden Menschen nachzukommen.

Ich frage den Herrn Staatsminister: Was konnte bisher getan werden, um den Gedanken der Errichtung einer solchen Forschungs- und Lehrstätte für Arbeitsmedizin zu verwirklichen, und in welchem Zeitraum ist mit dem Beginn der praktischen Arbeit an dieser Akademie zu rechnen?

Präsident Hanauer: Die Antwort gibt der Herr Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

Staatsminister Stain: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bereits im Haushaltsauschuß am 9. November 1961 und in meiner Haushaltsrede am 28. November 1961 auf die Notwendigkeit der Schaffung einer **arbeitsmedizinischen Aus- und Fortbildungsstätte** hingewiesen. Dabei habe ich auch schon Näheres über die geplante Durchführung dieses Gedankens mitgeteilt. Meine Vorschläge wurden von den Sprechern aller Fraktionen des Hohen Hauses ausdrücklich gebilligt. Auch von den Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber wurden zustimmende Erklärungen abgegeben und volle Unterstützung zugesagt. Der Herr Ministerpräsident, den ich ebenfalls in dieser Angelegenheit angeschrieben habe, hat sich in einem Antwortschreiben positiv geäußert.

Weitere Verhandlungen mit der Medizinischen Fakultät, insbesondere mit Professor Dr. Eyer, haben zu dem Ergebnis geführt, daß von seiten der Universität München volle Unterstützung erwartet werden kann.

Am 30. Mai 1962 fand unter Mitwirkung des Herrn Professors Dr. Eyer im Max-von-Pettenkofer-Institut eine arbeitsmedizinische Sitzung statt, auf welcher Herr Professor Dr. Noro aus Helsinki und Herr Professor Dr. Böhler als Unfallmediziner aus Wien einen Vortrag hielten. In der Zeit vom 23. bis 28. Juli findet im Max-von-Pettenkofer-Institut in München in Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät der erste **arbeitsmedizinische Kurs** statt. Professor Dr. Eyer stellt kostenlos seine Einrichtung zur Verfügung und wirkt darüber hinaus auch am Unterricht mit. Die anderen Ordinarien der Medizinischen Fakultät haben ebenfalls im Namen ihrer Fachdisziplin Mitarbeit zugesagt. Außerdem wird ein großer Teil der Lehrtätigkeit von Herrn Professor Dr. Koelsch, dem Nestor der Arbeitsmedizin, sowie von seinem ebenfalls international bekannten Kollegen, Professor Dr. Baader, Münster, bestritten.

Auf Grund einer Anfrage der Staatskanzlei hat der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus bestätigt, daß die **Federführung** in dieser Angelegenheit zu den Aufgaben des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge gehört. Er versicherte dabei, daß auch das Kultusministerium zu jeder geeigneten Unterstützung bereit sei, insbesondere auch durch Zurverfügungstellung der für die Durchführung der Kurse erforderlichen wissenschaftlichen Lehrkräfte der Hochschule.

Für die Durchführung des schon erwähnten und eines weiteren Kurses in diesem Jahre, die insbesondere den Sinn haben, die Vorbereitung wahrzunehmen, habe ich beim Finanzministerium die Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Haushaltsausgabe beantragt. Ich werde weiterhin bemüht bleiben, die Wünsche der Mitglieder des Hohen Hauses im Rahmen der sich ergebenden Möglichkeiten zu erfüllen. Die Arbeitskurse, die im heurigen Jahr durchgeführt werden sollen, sollen

(Staatsminister Stain)

vor allem als Erfahrungsgrundlage für den künftigen Aufbau der geplanten Akademie für Arbeitsmedizin dienen.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Pöllath; ich erteile ihm das Wort.

Pöllath (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Innenminister.

In den letzten Jahren ist in Bayern die **Schweinepest** sehr häufig aufgetreten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß bei Auftreten von Schweinepest der gesamte Schweinebestand im zuständigen Schlachthof geschlachtet werden. Für die Schlachtung der Tiere hat der Bauer die Kosten zu tragen, die meistens die Hälfte des Erlöses aus dem Tierbestand ausmachen. Nach dem Seuchengesetz muß die Erlössumme vom Entschädigungsbetrag abgezogen werden, wobei die **Auszahlung der Erlössumme** erst nach Verkauf und Bezahlung der Ware stattfinden kann.

Auf Grund einer Mitteilung der Regierung der Oberpfalz vom 4. Juni 1962 hat sich im Schlachthof Nürnberg, der für Nordbayern zuständig ist, der Bestand an Freibankkonserven auf 50 000 Stück erhöht, so daß nicht abzusehen ist, wann Bauern, deren Schweine im März oder April 1962 von der Schweinepest befallen sind, den Erlös ihrer Ware erhalten können.

Ich frage die Staatsregierung, was sie zu tun gedenkt, um zu erreichen, daß Bauern, die dieses schwere Schicksal getroffen hat, sobald als möglich zu ihrem vollen Geldbetrag kommen.

Präsident Hanauer: Die Antwort erteilt der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Goppel: Herr Präsident, Hohes Haus! Nach den Bestimmungen des Viehseuchengesetzes erhält ein Tierbesitzer eine **Entschädigung**, wenn seine Schweine wegen Schweinepest auf behördliche Anordnung geschlachtet werden. Die Entschädigung beträgt 80 v. H. des Schätzwertes, der von einem Schätzungsausschuß festgestellt wird. Auf die Entschädigung ist der Reinerlös aus der Verwertung der geschlachteten Schweine anzurechnen. Die Staatsregierung prüft zur Zeit im Benehmen mit der Bayerischen **Tierseuchenkasse**, die 50 v. H. der Entschädigung zu leisten hat, ob und in welcher Höhe bei Verzögerung der Verwertung den geschädigten Landwirten zur Vermeidung von Härten ein **Vorschuß** auf die Entschädigung gezahlt werden kann.

(Abg. Pöllath: Gut, prima!)

Präsident Hanauer: Nächste Fragestellerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Hamm-Brücher; ich erteile ihr das Wort.

Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP): Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Kultusminister.

Ist es richtig, daß an der Pädagogischen Hochschule München-Pasing nun auch in den **musischen** und **gymnastischen Fächern** und in der Politischen Bildung eine **konfessionelle Trennung** angeordnet worden ist?

Wenn ja: Wie ist diese Anordnung mit den Bestimmungen des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes und der anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes gemachten Regierungserklärung zu vereinbaren?

Zweitens: Gehören die musischen und die sportlichen Fächer sowie die Vorlesungen zur Politischen Bildung zu den im Gesetz festgelegten weltanschaulich bedeutsamen Fächern? Wie läßt sich eine solche Verordnung mit der im Lehrerbildungsgesetz garantierten Freizügigkeit der Studenten vereinbaren?

Präsident Hanauer: Die Antwort gibt der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Maunz: Herr Präsident, Hohes Haus! Zur Frage 1: Eine Anordnung des Bayerischen Kultusministeriums über die konfessionelle Trennung der musischen und gymnastischen Fächer und in der Politischen Bildung ist nicht ergangen. Maßgebend sind allein die Vorschriften des **Lehrerbildungsgesetzes** von 1958.

Zur Frage 2: Da eine Anordnung des Kultusministeriums nicht ergangen ist, entfällt die Frage 2.

Zur Frage 3: Nein.

Zur Frage 4: Da eine Verordnung des Kultusministeriums nicht ergangen ist, entfällt die Frage 4.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist —
(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Halt, halt!
— Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

— Zur Zusatzfrage nochmals Frau Abgeordnete Dr. Hamm-Brücher.

Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP): Darf ich mir die Zusatzfrage erlauben, wie es dann zu den Beschlüssen und Resolutionen der Studentenschaft München-Pasing gekommen ist?

Präsident Hanauer: Die Frage, in Form einer Zusatzfrage gestellt, beantwortet der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Maunz: Herr Präsident, Hohes Haus! Für Beschlüsse der Studentenvertretung München-Pasing ist das Kultusministerium nicht verantwortlich.

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall
bei der CSU)

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Zink; ich erteile ihm das Wort.

Zink (SPD): Herr Präsident! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister des Innern.

(Zink [SPD])

Die **Müllaufbereitung und -verwertung** führt im allgemeinen, insbesondere aber in Mittel- und Großstädten abgesehen von Geruchsbelästigungen zu unerträglichen Schwierigkeiten, deren Beseitigung mit erheblichen Kostenmehrungen verbunden ist. Auf dem Industriekongreß für Müllbeseitigung, der kürzlich in Essen stattgefunden hat, wurden hierüber eingehende Erörterungen gemacht. Im In- und Ausland werden die verschiedensten Versuche durchgeführt. Der Bayerische Landtag hat im Etat des Innenministeriums einen Betrag von 1 Million DM angesetzt, um ebenfalls **Versuche** zentral auf diesem immer wichtiger gewordenen Gebiet durchzuführen.

Ich frage daher den Herrn Innenminister:

1. Was ist bisher auf diesem Sektor geschehen?
2. Zu welchem Ergebnis haben die unternommenen Versuche geführt?
3. Welche Empfehlungen sind oder können den kommunalen Spitzenverbänden oder sonstigen Interessenten für die Zukunft gegeben werden?
4. Reichen die eingeplanten Mittel im Etat 1962 aus, die begonnenen Versuche durchzuführen?

Präsident Hanauer: Die vier Fragen beantwortet der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Goppel: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten und des Herrn Kollegen Zink darf ich die Fragen nicht der Reihe, sondern dem Zusammenhang nach beantworten.

Das Staatsministerium des Innern möchte mit der von diesem Hohen Hause bewilligten Million Mark in München eine **Anlage zum Verbrennen von Müll** errichten lassen. Es handelt sich dabei um eine neuartige Konstruktion, die mit dem Versuch in München erstmals erprobt werden soll. Bei der Beratung des Haushaltsansatzes wurde der Wunsch geäußert, es solle nicht der Staat Träger des Vorhabens sein. Das Staatsministerium des Innern hat daher, aber bisher leider ohne Erfolg, versucht, kommunale Verbände als Träger zu gewinnen. Sollten die Verhandlungen endgültig zu keinem Ergebnis führen, wird das Staatsministerium des Innern auf die Gründung einer **Gesellschaft** mit beschränkter Haftung hinarbeiten, die dann den Versuch ausführen müßte. Die im Jahr 1962 anfallenden Kosten des Versuchs werden aus den bereits bewilligten Mitteln gedeckt werden können; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß spätere weitere Mittel erforderlich sein werden.

Gegen Ende des Jahres werden den Gemeinden in einer **Denkschrift** Empfehlungen für die Müllbeseitigung zugehen. In dieser Denkschrift sollen die bisher im In- und Ausland gewonnenen Erfahrungen ausgewertet werden. Die Arbeiten sind in vollem Gange.

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der

Herr Abgeordnete Prochazka. Ich erteile ihm das Wort.

Prochazka (GDP): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister des Innern.

Viele Staatsbürger sind der Überzeugung, daß der **Gummiknüppel** ein schlechtes Ausrüstungsstück der **Polizei** ist. Welche Voraussetzungen wären notwendig, um den Gummiknüppel abzuschaffen und die Polizei durch geeignete Methoden in die Lage zu versetzen, auch ohne dieses Instrument ihre Aufgabe zu erfüllen?

(Unruhe und Zurufe, darunter: Staubsauger?)

Präsident Hanauer: Es antwortet der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Goppel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gummiknüppel könnte abgeschafft werden, wenn die Polizei von der bitteren Notwendigkeit ein für allemal verschont bliebe, mit **Zwang gegen Störungen der Ordnung** vorzugehen.

(Sehr richtig! und Beifall)

Leider mußten wir erfahren, daß so viel guter Bürgersinn nicht immer und nicht überall erwartet werden darf. Deswegen muß der Gummiknüppel für solche Fälle ein Teil der Polizeiausrüstung bleiben, in denen die Polizei Zwang anwenden muß und in denen härtere Mittel nicht erforderlich, leichtere leider aber nicht ausreichend sind.

(Abg. Dr. Becher: Auch nicht Wasserwerfer?)

Präsident Hanauer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Ernst.

Dr. Ernst (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister des Innern.

Seit etwa zwei Jahren sind in Bayern auf Grund Landtagsbeschlusses die sogenannten **Großraumstationen der Landpolizei**, meistens an Dienstsitzen der Landratsämter, errichtet und die verschiedenen Außendienststellen der Landpolizei aufgehoben worden. Die Erfahrung der letzten Jahre hat nun gezeigt, daß diese Großraumstationen in der Hauptsache im Dienst der Verkehrsüberwachung aufgehen und kaum noch Zeit für Sicherheitsaufgaben haben, so daß das **flache Land**, insbesondere abgelegene Landstriche fast vollständig ohne **Polizeischutz** sind. Die Folge ist, daß dort die Rechtsunsicherheit, besonders Eigentumsdelikte, wie Holz- und Felddiebstähle, ganz besonders aber Jagd- und Fischfrevler in erschreckendem Maß zunehmen.

Was gedenkt das Bayerische Staatsministerium des Innern zu tun, um diesem Übelstand abzuwehren?

Präsident Hanauer: Die Antwort erteilt der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Goppel: Herr Präsident, Hohes Haus! Es entspricht den Tatsachen, daß der zuneh-

(Staatsminister Goppel)

mende **Straßenverkehr** der Polizei immer mehr Arbeit bereitet.

(Sehr richtig! bei der BP)

Diese Erscheinung ist in allen Bundesländern gleich ohne Rücksicht darauf, ob sie Großstationen eingerichtet haben oder nicht. Beide Dinge können daher nicht in Beziehung zueinander gebracht werden. Die Zahl der in den letzten fünf Jahren verübten Eigentumsdelikte, auch Jagd- und Fischfrevel, ist keinesfalls angestiegen, sie ist eher zurückgegangen. Von einer zunehmenden Rechtsunsicherheit kann sonach keine Rede sein. Maßnahmen der Staatsregierung sind daher nicht veranlaßt.

Präsident Hanauer: Als letzter Fragesteller wird der Herr Abgeordnete Dr. Wüllner eine schriftliche Anfrage gemäß § 80 Absatz 1 Satz 4 der Geschäftsordnung mündlich dem Hohen Hause vortragen.

Dr. Wüllner (FDP): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich darf diese Frage in gekürzter Form stellen, um Sie nicht übermäßig lange aufzuhalten.

Bayern hat 1954 die **Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen** übernommen. Damit dieser Begriff der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen seinen bisher allzu unverbindlichen Charakter verliert und einen greifbaren Inhalt erhält, erscheint es zweckmäßig, die besonderen **Betreuungsmöglichkeiten** aufzuzeigen, die sich aus dem Begriff der Schirmherrschaft bisher ergeben haben und künftig verstärkt ergeben sollten.

Ich frage daher die Staatsregierung:

1. Welche praktischen Auswirkungen hatte in Bayern seit 1954 die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen, vor allem in ideeller und materieller Hinsicht?
2. Welche Absichten, diese Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen zu vertiefen und auf kulturellem, sozialem sowie auf volks- und heimatpolitischem Gebiet wirksam werden zu lassen, bestehen bei der Bayerischen Staatsregierung für das Jahr 1962 und für die künftige Entwicklung?

Präsident Hanauer: Die Antwort erteilt der Herr Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

Staatsminister Stain: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fortentwicklung der Angelegenheiten der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe ist auf Grund von Gesprächen des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Herrn Bundesministers Seebohm, mit der Staatskanzlei und mit mir persönlich seit Dezember 1961 Gegenstand von **neuen Verhandlungen**. Dabei wird auch über die weitere Entwicklung **bisheriger Einrichtungen** bzw. Maßnahmen, die sich aus der Schirmherrschaft ergeben haben, wie z. B. des Collegium Carolinum, der Jugendausbildungsstätten in Hohenberg und Heiligenhof, gesprochen. Da somit Punkt 1 und Punkt 2 der Anfrage Gegenstand von Verhandlungen mit dem maßgeblichen Partner, nämlich mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft,

sind, kann heute noch nicht endgültig auf die Frage geantwortet werden.

Präsident Hanauer: Zu einer Zusatzfrage der Herr Abgeordnete Dr. Wüllner!

Dr. Wüllner (FDP): Da diese Angelegenheit immerhin eine Volksgruppe von fast 2 Millionen im Bundesgebiet betrifft, frage ich, wann die Schirmherrschaft, die 1954 beschlossen worden ist, in ihre endgültige Form gegossen sein wird.

Präsident Hanauer: Die Zusatzfrage beantwortet der Herr Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

Staatsminister Stain: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und ihre Spitze weiß, daß sich die Schirmherrschaft sowohl in ideeller als auch in materieller Hinsicht einigermaßen ausgewirkt hat. Denn der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat sich in einem Schreiben im März dieses Jahres bei dem Herrn Ministerpräsidenten für diese Auswirkungen bedankt. Es ist lediglich notwendig, eine gewisse **Form** hineinzubringen, die sich erst aus den Erfahrungen ergeben kann. Die neuen Formulierungen sind Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen. Erst wenn diese Verhandlungen abgeschlossen sind, kann, wie gesagt, endgültig Auskunft gegeben werden.

Präsident Hanauer: Die Fragestunde ist damit beendet.

Ich rufe auf Punkt 4 der Tagesordnung, die zweite Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (Beilage 3028)

Zunächst berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung (Beilage 3127) der Herr Abgeordnete Dr. Fischer; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Fischer (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung hat in mehreren Sitzungen den von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf auf Beilage 3028 behandelt. Mitberichterstatter war der Herr Kollege Köglperger.

In den Beratungen, die teilweise recht umfangreich waren, wurde ungefähr ausgeführt: Die Gesetzesvorlage entspricht einem Beschluß des Landtags vom November 1961, wonach das Bayerische Beamtengesetz und das Bayerische Besoldungsgesetz den Änderungen, die in der Zwischenzeit das Bundesbeamtengesetz und das Bundesbesoldungsgesetz durch die sog. Kühlthaunovelle vom August 1961 erfahren hatten, angepaßt werden sollten. Der vorliegende Gesetzentwurf hält sich eng an die sog. Kühlthaunovelle.

Er enthält in § 1 die Änderung, die Novellierung des Bayerischen Beamtengesetzes und in § 2 die Novellierung des Bayerischen Besoldungsgesetzes.

(Dr. Fischer [CSU])

Eine Reihe von Verbesserungen enthalten beide Bestimmungen. So wird in Ziffer 1 die gesetzliche Mindestaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis beseitigt.

Ziffer 5 enthält eine völlig neue Bestimmung, wonach künftig Jubiläumszuwendungen zu gewähren sind. Es wurde allerdings vom Beamtenrechtsausschuß hier das Wort „kann“ durch das Wort „soll“ ersetzt.

Weiter wurde eine Ziffer 5 a im Ausschuß eingefügt, wonach Weihnachtsszuwendungen künftig generell zu geben sind.

Ziffer 9 enthält die Verbesserung des Sterbegeldes, und zwar eine wesentliche Verbesserung.

Ziffer 15 enthält eine Erweiterung des Begriffs „Dienstunfall“ im Hinblick auf die Familienwohnung.

Ziffer 18 erstreckt die verbesserte Dienstunfallversorgung, die bisher nur dem Polizeivollzugsbeamten zukam, auf alle Beamten.

Ziffer 22 setzt zugunsten von Beamtenwitwen, die im öffentlichen Dienst stehen, die Höchstgrenze, über die hinaus Versorgungsbezüge nicht zu zahlen sind, hinauf.

Ziffer 28 bringt eine Verbesserung der Kriegs-unfallversorgung und Ziffer 29 eine nicht unwesentliche Verbesserung für Ruhestandsbeamte, die im öffentlichen Dienst noch weiter beschäftigt sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Mehrbelastungen auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfs rund 25 Millionen DM ausmachen.

Ziffer 2 in § 2 des Gesetzentwurfs gab zu einer ausgedehnten Debatte Anlaß.

Ziffer 1 setzt den Ortszuschlag für Versorgungsempfänger einheitlich nach dem jeweiligen Wohnsitz fest, während bisher der Ortszuschlag allgemein nach der Ortsklasse A berechnet worden ist.

Zu Ziffer 2 war man sich darüber einig, und zwar durch alle Parteien hindurch, daß die sog. strukturelle Hebung der Altversorgungsempfänger, also jener Versorgungsempfänger, die am 1. 4. 1957 — an diesem Tag trat das Bayerische Besoldungsgesetz von 1958 in Kraft — vorhanden waren, durchzuführen sei. Bekanntlich sind die bayerischen Versorgungsempfänger bisher pauschal übergeleitet worden. Der Bund hat — auch das darf ich als bekannt voraussetzen und das hat in der Debatte eine große Rolle gespielt — lediglich die sogenannte individuelle Überleitung in der Kühlthau-Novelle eingeführt. Eine Reihe von Ländern, darunter auch Bayern, ist zur Einführung der individuellen Überleitung der Altversorgungsempfänger gekommen, d. h., soweit einzelne Beamtenkategorien neu eingestuft worden sind — das trifft besonders für Lehrer, Polizeibeamte und Richter zu — sollen künftig daran auch die Altversorgungsempfänger Anteil nehmen.

Wenn man sich insoweit grundsätzlich über die Einführung der strukturellen Überleitung einig

war, bestanden um so mehr Differenzen bezüglich der Frage, ob für diese strukturelle Überleitung ein Stichtag eingeführt werden solle und wenn ja, welcher. Darüber wurde sehr eingehend debattiert. Ich darf darauf hinweisen, daß die Staatsregierung in ihrem Gesetzentwurf — die CSU hat sich hinter diese Regelung gestellt — als Stichtag den 8. 5. 1945 aus Überlegungen eingeführt hat, die nach Meinung der CSU durchaus als berechtigt angesehen werden müssen. Die anderen Fraktionen im Beamtenrechtsausschuß waren der Meinung, man solle auf einen Stichtag überhaupt verzichten, weil jeder Stichtag an sich schon ein gewisses Unrecht enthalte und weil man die wenigen Versorgungsempfänger, deren Versorgungsfall vor dem 8. 5. 1945 eingetreten sei, nicht benachteiligen solle.

Es wurde dann über die Frage, ob überhaupt Stichtag, abgestimmt. Die Abstimmung ergab eine Stimme Mehrheit für die Beseitigung des Stichtags.

In Ausführung dieses grundsätzlichen Beschlusses mußte dann der Artikel 33 a entsprechend geändert werden. Der Artikel 33 b mußte gestrichen werden. Damit entfiel — darauf wurde gerade vom Herrn Staatsminister der Finanzen wiederholt hingewiesen — die Möglichkeit, der großen Zahl von Altversorgungsempfängern, deren Aktivbezüge nicht gruppenmäßig gehoben worden sind, den Zuschlag, den Bonus von 3 v. H. zu geben.

Auch der Artikel 34 mußte wegen der Ablehnung eines Stichtages eine andere Fassung bekommen.

Eine weitere kleine Änderung ergab sich zu § 3 des Regierungsentwurfs. Zu § 5 des Regierungsentwurfs unterließ es der Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung, einen Tag für das Inkrafttreten des Gesetzes einzufügen.

Ich darf Sie bitten, diese Beschlüsse des Ausschusses für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung bei der Abstimmung zu beachten.

Präsident Hanauer: Über die Verhandlungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 3140) berichtet der Herr Abgeordnete Riediger. Ich erteile ihm das Wort.

Riediger (GDP), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Mit der gleichen Materie beschäftigte sich der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner 210. Sitzung. Mitberichterstattter war Herr Kollege Gräßler, Berichterstatter war ich selbst.

Der Berichterstatter führte aus, daß es sich bei der Novelle auf Beilage 3028, die auf einen Beschluß des Landtags vom 8. November 1961 zurückgehe, im wesentlichen um eine Anpassung des Bayerischen Beamtengesetzes an die vom Bundestag beschlossenen Änderungen des Bundesbeamtengesetzes handle, die im Zuge der sogenannten Kühlthau-Novelle vorgenommen wurden. Die meisten Veränderungen betreffen versorgungsrechtliche Bestimmungen und brächten nicht unwesentliche Verbesserungen. So werden zum Beispiel die Mindestversorgungsbezüge und das Sterbegeld verbessert. Die Witwe eines Beamten erhält im Fall der Wie-

(Riediger [GDP])

derverheiratung eine Abfindung. Das Mindestunfallruhegehalt werde auf 75 Prozent der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 1 erhöht. Bei Dienstjubiläen werde eine Jubiläumszulage gewährt. Bei den besoldungsrechtlichen Vorschriften sei von wesentlicher Bedeutung einmal die Bemessung der Ortszuschläge für die Versorgungsempfänger, zum andern die Frage der Überleitung der am 1. April 1957 vorhandenen Versorgungsempfänger, die im Bayerischen Besoldungsgesetz von 1958 pauschal in das neue Recht übergeleitet worden seien. Während die Regierungsvorlage, der Regelung von Baden-Württemberg folgend, als Stichtag den 8. Mai 1945 vorgesehen habe, habe der Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung den Stichtag gestrichen. Außerdem habe der Ausschuß durch Anfügung des Artikels 88 b eine Weihnachtzuwendung an Beamte und Versorgungsempfänger gesetzlich festgelegt.

Leider stehe die sogenannte Harmonisierungsnovelle des Bundes noch immer aus, so daß die längst erwartete Besoldungsneuregelung noch nicht vorgelegt werden könne. Nachdem Nordrhein-Westfalen eine lineare Erhöhung der Beamtengehälter um 6 Prozent ab 1. Juli 1962 beschlossen habe, komme diese Frage zwangsläufig auch auf die anderen Bundesländer zu, und man sollte sie deshalb in der laufenden Sitzung ventilieren.

Ministerialdirektor Dr. Barbarino nannte für die verschiedenen Verbesserungen folgende Beträge: Ortszuschlagsregelung 3 Millionen DM, Jubiläumszuwendungen 1 Million DM, Sterbegeldregelung 1 Million DM, übrige Verbesserungen 4 Millionen DM und für die Überleitung der Versorgungsempfänger zum Stichtag 8. Mai 1945 entsprechend der Regierungsvorlage etwa 16 Millionen DM. Wenn die Weihnachtzuwendung in der vorjährigen Höhe gewährt werde, ergebe sich ein Betrag von rund 15 Millionen DM.

Im einzelnen begründete er dann den Wunsch, hinsichtlich des Stichtags die Regierungsvorlage wiederherzustellen, wobei weniger die finanziellen Konsequenzen, etwa ein Mehr von 4,3 Millionen DM, die Beseitigung des Stichtags verlangen, als vielmehr Schwierigkeiten im Vollzug und die Auswirkungen bei künftigen Änderungen. Er wies auch darauf hin, daß sich für die Pensionskassen eine erhebliche Mehrarbeit insofern ergeben würde, als von insgesamt 45 000 Versorgungsempfängern etwa 15 000 Fälle vor dem Stichtag 8. Mai 1945 liegen.

Während Herr Kollege Dr. Eisenmann die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragte, also den Stichtag 8. Mai 1945, plädierten die Kollegen Fischer, Bothner, Kallenbach und Dr. Panholzer für die Beseitigung des Stichtags. Der Antrag des Herrn Kollegen Dr. Eisenmann wurde mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Festsetzung des Termins des Inkrafttretens wurde dem Rechts- und Verfassungsausschuß überlassen. In der Schlußabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 19 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Sie finden die Beschlüsse des Ausschus-

ses für den Staatshaushalt und Finanzfragen auf Beilage 3140.

(Abg. Kraus: Was soll das Hohe Haus jetzt tun? — Gegenruf: Entscheiden!)

Präsident Hanauer: Über die Beratungen des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsfragen (Beilage 3144) berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Fischer. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Fischer (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch der Ausschuß für Verfassungsfragen und Rechtsfragen hat sich mit dem Gesetzentwurf befaßt. Sie finden seinen Beschluß auf Beilage 3144.

Danach hat der Rechts- und Verfassungsausschuß gegen die vom Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung in § 2 hinsichtlich der Artikel 33 a, 33 b und 34 vorgeschlagenen Änderungen — also Wegfall des Stichtags — verfassungsrechtliche Bedenken erhoben. Im übrigen bestanden gegen die Beschlüsse des Ausschusses für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung und gegen die Beschlüsse des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen nach Meinung des Ausschusses rechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken nicht. Als Tag des Inkrafttretens hat der Rechts- und Verfassungsausschuß den 1. August 1962 eingesetzt. Der Rechts- und Verfassungsausschuß nahm dann den Gesetzentwurf insgesamt an.

Ich darf Sie bitten, dem Gesetzentwurf mit den Änderungen, die der Ausschuß zu § 2 beschlossen hat, beizutreten.

Präsident Hanauer: Die Berichterstattung ist beendet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Der Herr Abgeordnete Köglspurger hat das Wort.

Köglspurger (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften auf der Beilage 3028 bringt zweifellos für die Gesamtheit der Ruhegehaltsempfänger nicht unerhebliche Vorteile. Deshalb kann man über den einen oder anderen Schönheitsfehler vielleicht gerade noch hinwegsehen. Für uns ist befriedigend, daß die **Weihnachtzuwendung**, die ja so sehr umstritten war und von der gesagt wurde, daß sie das Beamtenethos beeinflusse usw., jetzt in diesem Gesetz doch endgültig drin ist und damit ein dauernder Streitpunkt beseitigt wurde. Befriedigend ist auch, daß nunmehr die **Jubiläumszuwendungen** an Beamte eine gewisse Gleichheit im öffentlichen Dienst bringen. Daß das mit in das Gesetz gekommen ist, ist auch ein Plus.

Bedauerlich ist aber z. B. die Tatsache — um nur eines dieser nicht unwichtigen Dinge zu nennen —, daß die von den Vorgängern unseres Staates zugesagte Ruhegehaltshöhe von 80 Prozent jetzt generell auf 75 Prozent festgesetzt wurde. Wir sind mit der Auffassung nicht durchgedrungen, daß man auch die Versprechungen seines Vorgängers einhalten müsse.

Auch die Beamtinnen z. B. sind mit ihren Abfindungen nicht so gestellt, wie das im Bundesgesetz vorgesehen ist. Man beruft sich darauf, daß

(Köglasperger [SPD])

es sich in der Hauptsache um Lehrerinnen handle, die ja dringend gebraucht werden. Das ist aber eine sehr magere Begründung. Man hätte mindestens das Bundesbeamtengesetz übernehmen sollen, wenn man schon keine Vorteile bringen will.

Die ernsteste Frage ist aber bei diesem Gesetz für die Fraktion der SPD der **Stichtag**. Im Artikel 33 ist eindeutig festgelegt, daß die Bezüge der am 1. April 1957 vorhandenen Empfänger von Versorgungsbezügen und Emeritenbezügen neu festzusetzen sind. Das ist also die sogenannte individuelle Überleitung. Das ist richtig! Es soll aber für die Versorgungsempfänger mit dem Stichtag vom 8. Mai 1945 eine andere Regelung getroffen werden. Das erscheint aber ungut, und da liegen in der Sache schon wieder gewisse Ungerechtigkeiten, die man eigentlich vermeiden sollte. Beamtenrechtlich gesehen, ist der 8. Mai 1945 ohne jede Bedeutung.

(Abg. Riediger: Richtig!)

Er ist staatsrechtlich von Bedeutung als der Tag des totalen Zusammenbruchs des Reiches; aber die Beamtenverhältnisse sind praktisch — das haben ja auch die weiteren Vorgänge gezeigt — weiter gelaufen.

(Abg. Dr. Becher: Die glücklichen Beamten!)

— Na ja, darüber kann man streiten. Als der Beamte für sein Gehalt ein Päckchen Zigaretten kaufen konnte, hat niemand ihn beneidet; da war auch keiner bereit, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Das habe ich alles miterlebt. Im Gegenteil! Da haben sie einen noch für „doo“ angesehen, wenn man das getan hat. Wir waren also nicht immer nur die glücklichen Beamten; und deshalb kann man mit Recht in einer Zeit, in der es dem Volke besser geht, solche Fragen berechtigt ansprechen.

Der 8. Mai 1945 muß z. B. in der Gesetzgebung zu Art. 133 GG eine Rolle spielen, und die spielt dieser Termin auch in der Gesetzgebung des Bundes.

Die Bayerische Staatsregierung sagt aber auf Seite 6 ihrer Begründung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf:

In Bayern ist die Besoldungsordnung durch Gesetz vom 27. März 1939 (GVBl. S. 59) mit Wirkung vom 1. Juli 1938 an das Reichsbesoldungsgesetz angeglichen worden. Bei Übernahme der Bundesregelung müßten daher alle Versorgungsempfänger, deren Versorgungsfall seit dem 1. Juli 1938 eingetreten ist, individuell übergeleitet werden.

Wir haben im Grunde genommen eine Bundesregelung übernommen, und es wäre nichts logischer gewesen, als wenn man diese Erkenntnis dann eben auch im Gesetz verwendet hätte. Das hätte mindestens die Bedeutung gehabt, daß ein nicht unerheblicher Teil von Beamten, insbesondere die Witwen des zweiten Weltkriegs, etwas günstiger gestellt worden wäre.

Nun ist es aber leider so: Es ist bei meiner Fraktion ernsthaft überprüft worden, ob der 1. Juli 1938

der geeignetste Stichtag ist. Ein Angehöriger dieses Personenkreises sagt z. B. mit Recht u. a. — ich habe Dutzende solcher Schreiben bekommen —

„Inzwischen ist diese Streichung laut „Süddeutsche Zeitung“ hinfällig geworden. Das bedeutet, daß die im Dritten Reich vorzeitig aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzten Beamten, die sogar unter das Wiedergutmachungsgesetz fallen, disqualifiziert werden. Das kann doch unmöglich beabsichtigt sein.“

Nun kann man mit einem gewissen Recht sagen: Das Wiedergutmachungsgesetz hat ein eigenes Recht. Aber wir wissen doch ganz genau, wie die Lage damals war. Man hat in keinem Fall etwa nur den § 4 angewandt, sondern auch der berühmte § 6 des Berufsbeamtengesetzes wurde angewandt. Die Betroffenen wurden sanft und leise oder manchmal auch sehr hart aus dem Dienst entfernt. Deswegen müßte man erwägen, ob nicht z. B. der 1. April 1933 ein besserer Stichtag wäre, weil dann dieser ganze Personenkreis in die individuelle Überleitung kommen würde.

Dann sind wir aber zu dem Ergebnis gekommen — und das scheint mir praktisch das Richtige zu sein —: Wer ist denn dann überhaupt noch an Ruhehaltsempfängern vorhanden, dem man eine Sonderregelung zuschanzen muß? Da muß man sagen, dieser Kreis spielt gar keine Rolle. Deswegen möchte ich persönlich für die Fraktion der SPD dafür plädieren: Bitte, überlegen Sie sich die Frage ganz ernsthaft! Welchen Stichtag Sie auch nehmen, der Stichtag schafft für einen größeren Kreis Unrecht. Wir werden deshalb bei unserer Auffassung verharren, man sollte den Stichtag fallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hanauer: Der Herr Abgeordnete Vilgertshofer hat das Wort.

Vilgertshofer (CSU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Herr Kollege Köglasperger hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die vorliegende Novelle zum Beamtengesetz **Schönheitsfehler** hat. Ich gebe das auch zu. Ich glaube, wir Parlamentarier wissen Bescheid, daß man kein Gesetz machen kann, das keine Schönheitsfehler hat. Man muß nur versuchen, die Gesetze so zu gestalten, daß die Schönheitsfehler durch die Verbesserungen des Gesetzes wenigstens aufgewogen werden. Das, glaube ich, haben wir bei der Novelle zum Beamtengesetz sicherlich zu erreichen versucht.

Wir haben, wie der Herr Kollege Köglasperger schon erwähnt hat, in Abweichung von der Regierungsvorlage die **Weihnachtszuwendungen** beschlossen, weil wir der Meinung waren, daß hierfür auf Grund der Vorgänge im Vorjahr eine endgültige Regelung getroffen werden soll, nachdem die Harmonisierungsnovelle zum Besoldungsgesetz bis heute noch nicht vorliegt.

Auch ich bin der Meinung, daß es für diejenigen Beamten, die im Ruhestand waren und wieder in den Dienst getreten sind und deshalb Versorgungs-

(Vilgertshofer [CSU])

bezüge bis zu 80 % bekommen haben, hart war, als wir 1958 auf Grund der bindenden Bestimmungen des Rahmenrechts diese Versorgungsempfänger auf den allgemeinen Satz von 75 % zurücksetzen mußten. Das hat uns auch keine Freude gebracht; aber vielleicht kann man das auch einen Schönheitsfehler nennen, den wir nicht ganz beseitigen können.

(Zuruf von der SPD: Warum nicht?)

Im übrigen hat sich Herr Kollege Köglperger in der Hauptsache auf den **Stichtag** der Überleitung der Versorgungsempfänger verlegt. Er ist der Meinung, daß man überhaupt keinen Stichtag nehmen sollte und daß der 8. Mai 1945 an sich ein schlechter Stichtag für die Überleitung sei. Man kann zweifellos über den Stichtag verschiedener Meinung sein, aber, meine Damen und Herren, es geht gar nicht so sehr um den Stichtag, sondern es geht in erster Linie um die Aufhebung eines bisher bestehenden **fundamentalen Grundsatzes des Versorgungsrechts**, eines Grundsatzes, der durch die höchsten Gerichte immer wieder bestätigt wurde, nämlich, daß sich die Versorgungsbezüge nach dem zuletzt erdienten Gehalt richten. Dieser fundamentale Grundsatz gilt auch im Rentenrecht; denn die Rente eines Angestellten und eines Arbeiters errechnet sich nicht nach der Struktur, wenn sich die Arbeit des Angestellten oder Arbeiters geändert hat, sondern die Rente für den Angestellten und Arbeiter errechnet sich nach der Höhe der entrichteten Beiträge zur Sozialversicherung, für die wiederum die erdienten Bezüge die Grundlage sind. Wenn wir also von diesem Punkt ausgehen wollten, dann müßten wir uns sagen, daß wir einen Grundsatz aufgeben, der bisher im Versorgungsrecht nicht nur für die Beamten, sondern auch im Rentenrecht Geltung hatte und sicherlich im letzteren auch Geltung behalten wird. Wenn trotzdem in der Vorlage die Staatsregierung ausnahmsweise von diesem fundamentalen Grundsatz abgewichen ist, dann kann es sich nur um eine einmalige Abweichung handeln. Eine einmalige Abweichung muß aber einen Stichtag haben; denn wenn wir keinen Stichtag einsetzen, dann schaffen wir unter Umständen einen Bezugsfall. Es könnte sich dann jede künftige strukturelle Hebung der Gehälter auch noch auf die Versorgungsbezüge von Beamten, die sich vielleicht schon 20 Jahre im Ruhestand befinden, auswirken. Wir haben uns deswegen auf die Festsetzung eines Stichtags geeinigt. Man kann, glaube ich, diese einmalige Abweichung rechtfertigen, weil sich durch die Verhältnisse in den letzten 15 Jahren, insbesondere in der Zeit nach 1945, die Struktur oder der Inhalt manches Amtes, das ein Beamter bekleidet, geändert hat und weil infolge der Verhältnisse, die kriegsbedingt waren — darum der 8. Mai 1945 — dieser Änderung nicht rechtzeitig durch eine Hebung der Besoldungsbezüge Rechnung getragen werden konnte.

Das ist eigentlich der Grund, meine Damen und Herren, warum wir uns zu dieser Abweichung von dem Grundsatz, daß für das Ruhegehalt die erdienten Bezüge zum Zeitpunkt der Versetzung in den

Ruhestand maßgebend sein sollen, entschließen. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß man über den Stichtag als solchen streiten könnte. Wir haben die Frage in unserem Ausschuß auch besprochen. Vielleicht wird die Staatsregierung zu der Frage noch einmal Stellung nehmen. Aber, meine verehrten Damen und Herren, wir sollten uns schon vor Augen halten, daß wir, wenn wir den Stichtag überhaupt beseitigen wollten, einen Bezugsfall schaffen, der uns später einmal, sofern wir diesem Hohen Hause noch angehören sollten, unter Umständen in Schwierigkeiten bringt. Darum bitte ich Sie dringend, den Beschlüssen der Ausschüsse, die sich für die Festhaltung an dem Stichtag entschieden haben, beizutreten.

Meine Damen und Herren! Wir sollten aber über dem Stichtag nicht ganz vergessen, daß diese Novelle zum Beamtengesetz doch auch eine ganze Anzahl von erheblichen **Verbesserungen** bringt, die eigentlich, möchte ich beinahe sagen, untergehen, weil man sich zu sehr auf den Stichtag allein festlegt; dabei handelt es sich um 16 Millionen Mark Mehraufwendungen, vielleicht sogar, wenn der Stichtag geändert werden sollte, um mehr. Aber man soll draußen schon wissen, daß durch diese Novelle, die jetzt Gegenstand der Beratungen ist, die **Mindestversorgungsbezüge** in erheblichem Umfang verbessert werden, daß das **Sterbegeld** neu eingeführt wird. Es wird künftig so sein, daß für den Sterbemonat die Gehaltsbezüge und im darauffolgenden Monat die Versorgungsbezüge gezahlt werden und noch ein Sterbegeld in Höhe von zwei Monatsgehältern gewährt wird. Ferner ist zu erwähnen die Regelung der **Abfindung** für Witwen, die sich wieder verheiraten wollen. Das ist ein Vorhaben, meine Damen und Herren, das auch moralisch und vom Gesellschaftspolitischen her, eine nicht unerhebliche Bedeutung hat. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß auch die minder schuldig geschiedenen **Ehefrauen** nun Versorgungsbezüge erhalten können, daß der **Ortszuschlag** künftig auch für den Versorgungsempfänger nach dem Wohnsitz bezahlt wird, an dem er seinen Ruhestand verbringt. Zu nennen sind schließlich die **Jubiläumszuwendungen**, die **Weihnachtsgratifikationen** usw. Ich wollte doch auf diese Verbesserungen noch mit einigen Worten hinweisen, damit sie nicht ganz im Streit um den Stichtag — sagen wir lieber nicht „Streit“, sondern „Auseinandersetzungen“ oder „Meinungsverschiedenheiten“ — untergehen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie dringend, nicht zu beschließen, daß ein Stichtag ganz entfällt. Denn wir würden, wie ich schon sagte, nachdem wir ohnehin eine einmalige, dem Beamtenrecht bisher fremde Entscheidung treffen, durch ein Gesetz ohne Stichtag einen Bezugsfall schaffen, der uns später Schwierigkeiten bereiten könnte.

(Zuruf von der SPD: Andere Länder haben ihn doch auch nicht!)

Präsident Hanauer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Panholzer.

Dr. Panholzer (BP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bayernpartei

(Dr. Panholzer [BP])

hat sich bei der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs bereits in den Ausschüssen dafür eingesetzt, daß ein **Stichtag** nicht aufgenommen wird. Diese Frage mag sehr schwierig sein. Es handelt sich um eine so große Anzahl von verschiedenen Fällen, daß man wahrscheinlich nicht genau sagen kann, welcher Weg der richtigste und gerechteste ist. Aber ich glaube, daß jeder Stichtag eben eine Willkür enthalten könnte, und das möchte ich vermeiden. Wir sind daher der Meinung, daß die Bestimmung über den Stichtag fallen soll.

Zum übrigen Teil des Gesetzentwurfs möchte ich sagen, daß wir insbesondere den Umstand begrüßen, daß nun nicht jeden Dezember neue und schwierige Beschlüsse über die Frage des **Weihnachtsgelds** gefaßt werden müssen. Wir haben das, glaube ich, nun schon so oft beschlossen, daß man vor Gericht unter Umständen sagen würde, es liege bereits eine gewisse Kontinuität vor, innerhalb derer die Bezüge immer wieder gewährt worden sind. Es ist nach meinem Dafürhalten richtig, daß dieser Streitpunkt durch die Vorlage nun endgültig beseitigt wird. Dasselbe gilt für die übrigen Dinge, für die Jubiläumsgabe, für das Sterbegeld, für die Regelung der Verhältnisse geschiedener Frauen. Alle diese Dinge haben einen starken sozialen Charakter. Wir können deshalb dem Gesetz insoweit zustimmen. Wir bleiben aber dabei, daß wir uns nicht für einen Stichtag entschließen können.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Hanauer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Dehler.

Dr. Dehler (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fortschritte und Vorzüge, die dieses Gesetz, über das wir eben beraten, bringt, sind einige Male enumeriert worden. Ich möchte mich darauf beschränken, festzustellen, daß wir sie von Herzen begrüßen.

Das Kriterium, das im Augenblick wohl am meisten in der Diskussion steht, ist die Frage des **Stichtags**. Meine Fraktion hat sich in einem Antrag, der vor einigen Monaten hier im Hohen Hause eingebracht worden ist, dafür ausgesprochen, in diesem Gesetz keinen Stichtag festzusetzen. Und die Beschlußfassung des Beamtenrechtsausschusses hat ihr insoweit recht gegeben. Indem ich mich auf das beziehe, was der Vorsitzende dieses Ausschusses, Herr Kollege Vilgertshofer, eben ausgeführt hat, muß ich sagen: Wenn einmal der Grundsatz der strukturellen Überleitung hier im Gesetz praktiziert wurde, ist damit der große Sprung getan, und die Frage des Stichtags ist nur ein relativ kleines Sprünglein.

Zum zweiten, meine Damen und Herren, scheint uns vom Materiellen her gesehen das Problem nicht allzu schwerwiegend zu sein. Mit Stichtag 8. Mai 1945 gegenüber ohne Stichtag, so haben wir in den Ausschlußberichten gehört, sind die **Mehraufwendungen** nicht so erheblich, daß sie in dieser Frage grundsätzlich zu Vorbehalten führen könnten. Zudem sind wir der Meinung, daß die Mehr-

belastungen von Jahr zu Jahr rasch abnehmen werden. Eine weitere Überlegung ist aus der Tatsache herzuleiten, daß eine große Zahl anderer Bundesländer — nach unserer Kenntnis bis auf Baden-Württemberg alle anderen Bundesländer — entweder keinen Stichtag oder doch einen wesentlich früheren festsetzen. Und dann steht für uns auch als sehr wichtiger Entscheidungsgrund im Raume, daß es sich hier um ein gewisses **psychologisches Sprengpulver** handelt. Wir glauben und fürchten, daß durch einen Stichtag gewisse neue Ungerechtigkeiten eingeführt werden. Getroffen werden dann vor allem die Altpensionisten, die heute über 80 Jahre alt sind, insbesondere die Altlehrer, die an der Zunahme der Bedeutung ihres Berufsstandes, die zur strukturellen Überleitung geführt hat, ebenso sehr beteiligt waren wir jüngere Lehrer. Wir meinen daher, daß dieses schwebende Problem grundsätzlich bereinigt werden sollte und daß kein Stichtag wohl der beste Stichtag ist. Ich glaube, daß hier ein gewisser Akt der Gerechtigkeit notwendig wird. Sicherlich wird der Herr Staatsminister der Finanzen, wenn er anschließend spricht, wieder sein Wort zitieren, daß absolute Gerechtigkeit — wie er es von diesem Platze aus einmal getan hat — nur an einem Ort unter uns, in der Hölle, zu finden ist.

(Abg. Dr. Merk: Ist die unter uns?)

— Wir haben dorthin keinen Kontakt und können das also nicht beurteilen. Wir stehen sehr im irdischen Bereich und meinen, daß hier ein praktisches Gesetz gemacht werden sollte.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist darum nach wie vor der Auffassung, daß in dieses Gesetz am besten kein Stichtag kommen soll. Sollte die Mehrheit des Hauses anders entscheiden, dann sollte auf jeden Fall ein früherer Stichtag als der 8. Mai 1945 genommen werden.

(Abg. Dr. Becher: Ich bin schon ganz zerstoehen vor lauter Stichtagen!)

Wir meinen, ein Stichtag, der vor dem zweiten Weltkrieg liegt, dürfte doch richtig sein.

Präsident Hanauer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Sornik.

(Staatsminister Dr. Eberhard: Ich bitte vorher ums Wort!)

— Entschuldigung! Es liegt eine Wortmeldung des Herrn Staatsministers der Finanzen vor. Er hat nach der Geschäftsordnung das Recht, das Wort zu nehmen. Ich bitte um entsprechenden Rücktritt des Herrn Dr. Sornik. — Das Wort hat der Herr Staatsminister der Finanzen.

Staatsminister Dr. Eberhard: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Diskussion sieht es fast so aus, als ob dieser schon in der Vorbereitung und auch in der Beratung sehr schwierige Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften nur aus einem **Stichtag** bestehen würde. In dem Gesetz steht aber etwas ganz anderes, und die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage enthielt die Frage des Stichtags und damit die Frage der strukturellen

(Staatsminister Dr. Eberhard)

Überleitung der Versorgungsempfänger überhaupt nicht. Es ist festzustellen, und ich darf dies hier noch einmal tun, daß der Bund und der Bundesgesetzgeber der Frage der sog. strukturellen Überleitung der Versorgungsempfänger gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen und die strukturelle Überleitung überhaupt abgelehnt und die Überleitung nur individuell vorgenommen hat. Darüber hinaus haben auch die Länder Berlin und Hamburg diese strukturelle Überleitung überhaupt abgelehnt. Das zur Einleitung.

Es sieht fast so aus, als ob es keine anderen Auffassungen mehr gäbe wie die, daß man unter allen Umständen strukturell überleiten müsse und das sogar noch ohne Stichtag.

Was nun die **strukturelle Überleitung** anlangt, so darf ich dazu sagen, daß sie aus der Initiative des Landtags heraus entstanden ist. Das Parlament hat am 11. April 1962 einen Beschluß gefaßt, der die Staatsregierung ersucht, in dem nach dem Beschluß des Landtags alsbald vorzulegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes für die Überleitung der Versorgungsempfänger eine Regelung vorzusehen, die der in Baden-Württemberg getroffenen im wesentlichen entspricht. Die Regelung von Baden-Württemberg ist die gleiche, wie sie in der Regierungsvorlage nach der Initiative des Parlaments vorgesehen ist. Auch sie enthält den Stichtag des 8. Mai 1945. Der Landtagsbeschluß wurde meines Wissens einstimmig gefaßt. Aber das gehört der Vergangenheit an. Ich möchte zu dem sprechen, was nun in der Zwischenzeit geschehen ist.

Ich darf Sie sehr herzlich bitten, bei Ihren Überlegungen, wie mit dem Stichtag nun verfahren werden soll, doch für folgendes Verständnis zu haben: Die strukturelle Überleitung ist, wie der Herr Abgeordnete Vilgertshofer bereits ausgeführt hat, in sich und an sich bereits eine Ungerechtigkeit und entspricht, mindestens rechtssystematisch, nicht den bisherigen versorgungspolitischen und versorgungsrechtlichen Grundsätzen, daß der Versorgungsempfänger seine Versorgungsbezüge im allgemeinen und grundsätzlich nach seinem letzten Aktivgehalt erhält. Diese Frage ist erst mit den sog. strukturellen Verbesserungen bestimmter Beamten- und Besoldungsgruppen im Laufe der letzten Jahre aufgetreten. Dies war eigentlich der Grund dafür, sich die Frage zu überlegen, ob nicht doch auch die Versorgungsempfänger an dieser gesellschaftspolitischen oder strukturellen Verbesserung — wie man es nennen will — der Beamtenbezüge beteiligt sein oder nicht beteiligt sein sollen, ob sie also doch in den Genuß gewisser Vorteile einer Anpassung gesetzt werden sollen.

Ich sage es noch einmal: Diese Regelung hat nach langen Beratungen in den Ausschüssen, vor allem des Bundestags, keine Zustimmung gefunden. Es ist aber dort den Ländern mehr oder weniger anheimgestellt oder überlassen oder freigestellt worden, eine solche strukturelle Überleitung

durchzuführen. In der Zwischenzeit sind nun, bis auf Berlin und Hamburg, die diese strukturelle Überleitung abgelehnt haben, alle Länder dazu übergegangen, eine solche strukturelle Überleitung auch für ihre Versorgungsempfänger durch eine entsprechende gesetzliche Regelung vorzunehmen. Die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und auch Hessen haben diese Regelung mit einem Stichtag getroffen. Ich darf diese drei Länder vielleicht herausgreifen, ohne den einstimmigen Beschluß des Landtags, daß sich der bayerische Entwurf dem des Landes Baden-Württemberg im wesentlichen anschließen sollte, besonders zu strapazieren.

Dieser **Stichtag** für die Überleitung der Versorgungsempfänger muß sein oder — ich darf mich umgekehrt ausdrücken — gegen die völlige Streichung des Stichtags sprechen gewichtige Gründe. Es sind, was ich schon einmal sagte, zunächst rein systematische Gründe, weil grundsätzlich die Versorgung an das letzte aktive Gehalt anzuknüpfen hat. Es sind aber auch technische, praktische Gründe. Ich bitte, diese besonders zu berücksichtigen. Für eine solche Überleitung der Besoldungsempfänger muß man irgendwo an eine bestimmte Zäsur, an einen bestimmten Einschnitt im Besoldungssystem anknüpfen. Ließen wir den Stichtag völlig wegfallen, dann müßte praktisch das Besoldungsrecht der letzten 30, 40 und 50 Jahre erst wieder lebendig gemacht werden. Es müßten praktisch die damaligen Verhältnisse alle umgewandelt und für die heutige Zeit wieder virulent gemacht werden. Sie wissen, daß seit 1920 soundso viele Besoldungsänderungen eingetreten sind, daß in der Zwischenzeit eine erhebliche Zahl von sog. Besoldungsüberleitungen stattgefunden hat und daß insbesondere, meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Ämter und Amtsbezeichnungen in Bayern überhaupt verschwunden sind. Wir würden also verwaltungsmäßig vor ein schier unlösbares Problem gestellt werden, mindestens von der Frage der optimalen Gerechtigkeit her, was denn mit solchen Versorgungsempfängern bei dieser Überleitung geschehen solle, deren Ämter oder Amtsbezeichnungen gar nicht mehr bestehen.

(Abg. Walter Fischer: Diese Arbeit haben Sie auch mit dem Stichtag vom 8. Mai 1945!)

— Nach dem 8. Mai sicherlich, weil ich auch auf dem Standpunkt stehe, wie im übrigen alle Länder und der Bund, daß das, was wir tun, vom verfassungspolitischen Standpunkt aus sowieso eine schlechte Sache ist. Herr Kollege Fischer, es kam uns darauf an, bei dem an sich Schlechten, was wir tun — nicht im Hinblick auf den Versorgungsempfänger, der etwas bekommen soll, sondern im Hinblick auf das, was von der Gerechtigkeit und von der Gleichheit vor dem Gesetz her gesehen verankert werden soll —, doch zu versuchen, das in eine gute Form zu kleiden, soweit das überhaupt möglich ist. Das heißt auf Deutsch, wir müßten für eine strukturelle Überleitung ohne Stichtag all das wieder lebendig machen, was seit 30, 40 und 50 Jahren der Vergangenheit angehört und was zu einem großen Teil auch gar nicht wieder erstehen oder lebendig gemacht werden könnte.

(Staatsminister Dr. Eberhard)

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß natürlich eine solche strukturelle Überleitung versorgungspolitische Folgen hätte, weil sie im Besoldungssystem in der Zukunft dann regelmäßig für alle Versorgungsempfänger für die ganze zurückliegende Zeit gelten müßte. Das bedeutet, daß dann alles, was Sie neu erfinden und was wir uns im Sinne dieser gesellschaftspolitischen Wandlung an Strukturverbesserungen allgemeiner Art für bestimmte Beamtengruppen ausdenken, zwangsläufig irgendwie wieder zurückgeklappt und für alle Versorgungsempfänger für die letzten Jahre und Jahrzehnte wieder aufgerollt werden müßte.

Weil Sie nun aber an dem 8. Mai 1945 vielleicht aus bestimmten politischen Überlegungen heraus keinen allzu großen Geschmack finden, möchte ich Ihnen hier namens der Regierung noch einmal einen **Kompromißvorschlag** machen. Ich sage noch einmal: ein Stichtag müßte sein und sollte sein. Der Kompromißvorschlag lautet dahin, daß Sie als Stichtag den 1. Juli 1938 wählen sollten; den 1. Juli 1938 deswegen, weil er insofern eine wesentliche Zäsur darstellt, als mit Wirkung von diesem Tage das bayerische Besoldungsrecht in das Reichsbesoldungsrecht übergeleitet und eingefügt wurde, und weil wir von diesem Tage an verhältnismäßig klare Vorstellungen hinsichtlich der überzuleitenden Besoldungsgruppen haben. Auch das Land Hessen hat mit dem Stichtag des 1. April 1938 den Tag gewählt, mit dem im Lande Hessen die hessischen Besoldungsgrundsätze in die Reichsbesoldungsgrundsätze einmündeten. Ich glaube, daß Ihnen der Stichtag des 1. Juli 1938, der noch einmal einen Großteil von Versorgungsempfängern einbezieht, der im übrigen auch noch einmal 2 Millionen DM mehr kostet — das sei aber nur am Rande erwähnt —, die Möglichkeit geben könnte, dieser Vorlage zuzustimmen, einer Vorlage, in die sich aus dem Ausschuß heraus auch noch etwas eingeschlichen hat, was nicht in der Regierungsvorlage stand, nämlich die dauernde Verankerung der Weihnachtswendungen als eine dauernde Regelung, trotz der entgegenstehenden Regelung für die Bundesbeamten, wogegen ich aus Fairneß und Loyalität gegenüber diesem Hohen Haus hier keine Ausführungen mehr machen möchte. Aber nun auf den Tisch gelegt: die Weihnachtswendungen, von Ihnen beschlossen, der Stichtag, von Ihnen angeregt. Das Vorbild von Baden-Württemberg sollte wenigstens auf den nach meiner Auffassung auch noch sehr glücklichen und auch verwaltungstechnisch glücklichen Termin des 1. Juli 1938 abgewandelt werden.

Ich bitte Sie wirklich herzlich, sich das bei der Abstimmung noch einmal zu überlegen und dann mit dieser Stichtagregelung vom 1. Juli 1938 die ansonsten viele Vorteile enthaltende Vorlage der Regierung zu verabschieden, die sich nicht nur auf den Stichtag und die strukturelle Überleitung bezieht, sondern für viele unserer Beamten wesentliche beamtenrechtliche und besoldungspolitische Vorteile mit sich bringt.

(Beifall)

Präsident Hanauer: Nächster Redner ist nun der Herr Abgeordnete Dr. Sornik.

Dr. Sornik (GDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Finanzminister sehr dankbar für die goldene Brücke, die er uns gebaut hat, die wir gegen den in der Regierungsvorlage enthaltenen Stichtag waren. Ein **Stichtag** muß sein; das ist ausreichend erörtert worden. Auch meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, wir sollten nicht ins Uferlose verfahren, sondern einen Stichtag setzen. Ich darf ganz kurz den Standpunkt darlegen, der uns veranlaßt hat, gegen den Stichtag der Regierungsvorlage, also gegen den 8. Mai 1945, zu sein.

Der Stichtag vom 8. Mai 1945 findet nämlich im bayerischen Beamten- und Besoldungsrecht keine innere Rechtfertigung, und zwar aus rechtspolitischen und rechtssystematischen Gründen. Der Stichtag vom 8. Mai 1945 kommt aus der Sondergesetzgebung des Bundes zu Artikel 131 GG; dort hat er seine volle Berechtigung. Nach dem Untergang des sogenannten Dritten Reiches galt es, für die verdrängten Beamten und Angestellten sowie die Arbeiter des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik eine Rechtsordnung zu schaffen, die den politischen und beamtenrechtlichen Forderungen der Demokratie entsprach. Die mit der gewaltigen Aufblähung des Beamtenapparats verliehenen Rechtsansprüche im vergangenen Reich konnten durch die junge Bundesrepublik nicht honoriert werden. Es war notwendig, eine Filterung der angemeldeten Rechte durch die Regelung im 131er-Gesetz vorzunehmen. Zwischen alter und neuer Zeit wurde durch den Stichtag vom 8. Mai 1945 eine Zäsur gesetzt, ohne die eine rechtliche Regelung nicht möglich gewesen wäre. Daher ist der Stichtag vom 8. Mai 1945 ein Charakteristikum des 131er-Gesetzes des Bundes, welcher als Rechtsnachfolger des untergegangenen Reiches gilt. Es sollte in der Regierungsvorlage ein Stichtag gewählt werden, der der kontinuierlichen Entwicklung des bayerischen Besoldungsrechts gerecht wird. Das wäre nach unserer Auffassung der 1. Juli 1938 als Zeitpunkt der Überführung des bayerischen Besoldungsrechts in das Reichsbesoldungsrecht. Dieser Stichtag hat außerdem den Vorteil für sich, daß durch die kommende Neuregelung und Überleitung auch die Kriegerwitwen erfaßt würden, welche durch eine Beibehaltung des Stichtags vom 8. Mai 1945 von einer Neuordnung ausgeschlossen wären. Daher stelle ich namens meiner Fraktion folgenden Antrag:

Der Bayerische Landtag wolle beschließen: Im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (Beilage 3028) wird in § 2 folgende Änderung vorgenommen:

- a) In Artikel 33 a Absatz 1 werden statt der Worte „nach dem 8. Mai 1945“ die Worte „nach dem 30. Juni 1938“ gesetzt;
- b) In Artikel 33 b Absatz 1 werden statt der Worte „vor dem 9. Mai 1945“ die Worte „vor dem 1. Juli 1938“ gesetzt;
- c) In Artikel 33 b Absatz 1 Buchstabe b wird das Wort „Laufbahn“ durch das Wort „Laufbahngruppe“ ersetzt.

Präsident Hanauer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Dehler.

Dr. Dehler (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist uns ein Anliegen, daß die Frage „Stichtag“ hier mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit ihre Lösung findet. Wir sind der Ansicht, daß die Einwendungen, die der Staatsminister der Finanzen gemacht hat, durchaus beachtlich und berücksichtigungswert sind. Mit dem nunmehr vorgeschlagenen Termin des 1. Juli 1938 ist ein sehr großer Teil unserer Bedenken ausgeräumt worden. Wir sind daher in der Lage, dem Vorschlag des Herrn Finanzministers, resp. der Staatsregierung in diesem Punkt zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Hanauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Ich schließe die allgemeine Aussprache; wir treten gemäß § 60 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung in die Einzelberatung ein.

Der Abstimmung liegt zugrunde die Regierungsvorlage auf Beilage 3028 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Ausschusses für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung auf Beilage 3127 und des Ausschusses für den Staatshaushalt und für Finanzfragen auf Beilage 3140 sowie des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsfragen (Beilage 3144).

Ich eröffne zunächst die Aussprache über den § 1, Ziffer 1 bis 4, deren unveränderte Annahme von den Ausschüssen empfohlen wird.

Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. — Wer diesen 4 Ziffern in § 1 die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 5 in § 1. Die Ausschüsse schlagen für den Einleitungssatz folgende Fassung vor:

Nach Artikel 88 werden folgende Bestimmungen eingefügt:

In Art. 88 a ist das Wort „kann“ durch das Wort „soll“ zu ersetzen.

Darf ich zunächst die um ein Handzeichen zum Zeichen der Zustimmung bitten, die für die Änderung des Einleitungssatzes und für die Änderung des Artikels 88 a sind. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Es soll weiterhin eingefügt werden ein Artikel 88 b:

Die Beamten und Versorgungsempfänger erhalten eine Weihnachtzuwendung. Das Nähere regelt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung.

Wer dieser Einfügung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Wir kommen innerhalb des § 1 zu den Ziffern 6 mit 30, die nach den Ausschlußbeschlüssen unverändert bleiben sollen. Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor. Ich verweise auf die Ziffern 6 bis 30 der Beilage 3028.

Ich bitte den um ein Handzeichen, der hier zustimmen will. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu § 2. Zunächst Ziffer 1. Die Ausschüsse schlagen hinsichtlich des Einleitungssatzes und der Ziffer 1 unveränderte Annahme vor.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Danke. Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich eröffne die Aussprache zu Ziffer 2.

Ich komme zunächst zur Abstimmung über die Neufassung des Artikels 33 des Besoldungsgesetzes, der nach Empfehlung sämtlicher Ausschüsse unverändert bleiben soll. Es handelt sich um den Einleitungssatz und um die Neufassung des Artikels 33. Ich bitte den um ein Handzeichen, der hier zustimmen will. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zu § 2, Ziffer 2 hinsichtlich der Änderungen zu Artikel 33 a, 33 b und 34.

Der Besoldungsausschuß hat eine geänderte Formulierung vorgeschlagen, die im wesentlichen die Streichung des Stichtages enthält. Der Haushaltsausschuß und der Rechts- und Verfassungsausschuß haben ihre Zustimmung in Form der Regierungsvorlage gegeben. Auf Anregung des Herrn Finanzministers ist eben von der Gesamtdutschen Partei ein Abänderungsvortrag vorgelegt worden.

Nun müssen wir uns, meine Damen und Herren, über die Formalitäten der Abstimmung einig werden. Zunächst liegt vor ein Beschluß des Besoldungsausschusses, weiter ein kontrastierender Beschluß des Haushaltsausschusses und des Rechts- und Verfassungsausschusses im Sinne des § 133 der Geschäftsordnung, der das gleiche Thema betrifft, womit uns die Regierungsvorlage als Ausschlußbeschluß zur Abstimmung vorliegt. Zu diesen beiden gegensätzlichen Anträgen kommt nun ein neuer Abänderungsantrag. Ich halte es für zweckmäßig, daß wir uns zunächst, von der Formulierung losgelöst, über die Stichtage einigen, weil damit am sichersten Klarheit geschaffen wird, und daß ich zunächst darüber abstimmen lasse, und zwar auf der Grundlage des mir eben übergebenen Abänderungsantrags, ob im Artikel 33 a Absatz 1 die Worte „nach dem 8. Mai 1945“ ersetzt werden sollen durch die Worte „nach dem 30. Juni 1938“ und im Artikel 33 b Absatz 1 die Worte „vor dem 9. Mai 1945“ durch die Worte „vor dem 1. Juli 1938“.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gabert.

(Abg. Kallenbach: Zur Abstimmung!)

Gabert (SPD): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der weitestgehende Antrag der Beschluß des Besoldungsausschusses auf Streichung des Stichtages ist. Ich bitte, Herr Präsident, über

(Gabert [SPD])

diesen Beschluß zuerst abstimmen zu lassen und dann, wenn die Grundsatzentscheidung gefallen ist, über den nächsten Stichtag abstimmen zu lassen, der dem Abänderungsantrag entspricht.

Präsident Hanauer: Der Herr Kollege Kallenbach zur Abstimmung!

Kallenbach (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich an der Abstimmung nicht beteiligen, weil dieser Paragraph meine persönlichen Rechtsverhältnisse berührt. Aus Gründen der Sauberkeit enthalte ich mich in diesem Fall der Stimme.

(Bravo-Rufe und Beifall — Abg. Dr. Becher: Vivant sequentes!)

Präsident Hanauer: Nach dieser vorweggenommenen Erklärung des Herrn Abgeordneten Kallenbach, daß er sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde

(Leichte Unruhe — Zurufe des Abg. Bezold)

— Moment, wir befinden uns in der Abstimmung; Herr Abgeordneter Bezold, wollen Sie zur Abstimmung sprechen? — —

(Abg. Bezold: Ich wollte nur das gleiche sagen! — Heiterkeit)

— Dann darf ich also jetzt zu den Abstimmungsregeln zurückkehren. Der Herr Kollege Gabert meinte, daß der Beschluß des Ausschusses für Beamtenrecht der weitergehende sei und regte an, darüber zuerst abzustimmen. Nun handelt es sich aber nach meiner Überzeugung — ich verweise auf § 133 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung — um einen der Fälle, der trotz des weitgehenden Perfektionismus in unserer Geschäftsordnung nicht geregelt ist.

(Unruhe)

— Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin gar nicht gewillt, Selbstgespräche zu führen, aber ich habe den Eindruck, als ob es allmählich so weit käme, weil Sie meinen Ausführungen kein Gehör schenken. — Es heißt in unserer Geschäftsordnung:

Bei mehreren Anträgen zur Sache soll zuerst über den Antrag abgestimmt werden, der am weitesten von der Vorlage . . . abweicht. Im Zweifelsfall entscheidet der Landtag oder der Ausschuß. Liegt ein Vorschlag eines Ausschusses vor, so tritt dieser Vorschlag an die Stelle der Vorlage oder des Antrags.

— Nun habe ich zwei divergierende Vorschläge. — Ursprünglich gestellte Anträge können als Abänderungsanträge eingebracht werden.

Wenn nun der ursprüngliche Antrag von dem nächsten Ausschuß wieder übernommen wird, wäre er ein Abänderungsantrag, und dann müßte nach der Regel über die Abänderungsanträge, Herr Kollege Gabert über diesen zuerst abgestimmt werden. Dann wäre die Frage mit dem weitestgehenden Antrag auch richtig. Also hier ist es absolut eine Sache, meine

Damen und Herren, über die Sie abzustimmen haben. Ich möchte keine lange Geschäftsordnungsdebatte heraufbeschwören; denn wahrscheinlich wird es einwandfrei klar sein, wofür sich die Mehrheit des Hohen Hauses entscheidet: überhaupt kein Stichtag oder Juli 1938 oder 1945. Ich darf Sie also zunächst bitten, sich gemäß dem Antrag des Herrn Abg. Gabert geschäftsordnungsgemäß zu äußern, ob damit Einverständnis besteht, zunächst — unter Ausklammerung der Frage, was ist Abänderung und was ist nicht Abänderung — über den Antrag des Besoldungsausschusses als den weitestgehenden abzustimmen, zunächst nur mit dem Inhalt, daß ein Stichtag überhaupt ersatzlos gestrichen wird. Ist es so richtig formuliert? —

Ich darf also zunächst einmal diejenigen, die für diesen Abstimmungsmodus sind, nämlich daß wir vorweg über diesen Beschluß abstimmen, um ein Handzeichen bitten. — Ich danke; das ist die Mehrheit. Ich bitte um die Gegenprobe. — Danke. Stimmenthaltungen? — Das erstere war die Mehrheit.

Ich stelle also zur Abstimmung — bitte, noch losgelöst von der Formulierung der Gesetze — den Antrag des Besoldungsausschusses, einen Stichtag in den Artikeln 33 a und b zu streichen. Wer diesem Antrag — Streichung des Stichtags in den beiden erwähnten Bestimmungen — zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Das letztere war die Mehrheit. Stimmenthaltungen? — Bei 9 Stimmenthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Nun darf ich, meine Damen und Herren, über die Regierungsvorlage abstimmen lassen, und zwar zunächst über § 2 Ziffer 2, nur soweit es um den Artikel 33 a geht, mit der Maßgabe, daß im Absatz 1 die Worte „nach dem 8. Mai 1945“ ersetzt werden durch die Worte „nach dem 30. Juni 1938“. Die übrigen Absätze 2, 3 und 4 bleiben unverändert.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke, die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei 13 Stimmenthaltungen und 2 Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe dann auf Artikel 33 b in der Formulierung der Regierungsvorlage mit dem Abmaß, daß in Absatz 1 die Worte „vor dem 9. Mai 1945“ ersetzt werden durch die Worte „vor dem 1. Juli 1938“. Außerdem soll in Artikel 33 b Absatz 1 das Wort „Laufbahn“ durch das Wort „Laufbahngruppe“ ersetzt werden. Es bestehen keine Bedenken dagegen, gemeinschaftlich auch über diese beiden Änderungen abstimmen zu lassen. —

Es steht also zur Abstimmung der ganze Artikel 33 b in seinen drei Absätzen mit den beiden eben bekanntgegebenen Änderungen aus dem Antrag, den Herr Kollege Dr. Sornik vorhin bekanntgegeben und begründet hat.

Ich bitte um ein Handzeichen, wer dieser Bestimmung zustimmen will. — Danke. Die Gegenprobe! — Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? — Bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

Es ist dann noch abzustimmen über den Artikel 34 in der Formulierung der Regierungsvorlage.

(Präsident Hanauer)

Ich darf um gütige Aufmerksamkeit und um Ihr Mitdenken bitten. Zu Artikel 34 in der Formulierung der Regierungsvorlage hat der Besoldungsausschuß auch eine Änderung vorgeschlagen, korrespondierend mit den vorher erwähnten, aber inzwischen abgelehnten Änderungen.

Wer also dem Artikel 34 nach der Regierungsvorlage unverändert die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen, ohne Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen dann zu § 3. Die Ausschüsse schlagen vor, in Absatz 1 nach der Zahl 14 die Zahl 15 einzufügen. Sonst bleibt dieser Paragraph unverändert.

Ich bitte um ein Handzeichen, wer zustimmen will. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich komme zu § 4. Ich muß Sie bitten, bei § 4 schon etwas auf den § 5 schießen, weil Sie nämlich den Tag des Inkrafttretens, der hier schon vorerwähnt ist, mit einfügen sollen. Der § 4 würde dann lauten:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Bayerische Beamtengesetz in der vom 1. August 1962 an geltenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen.

Wer dieser Bestimmung zustimmen will — —
Der Herr Staatsminister der Finanzen!

Staatsminister Dr. Eberhard: Meine Damen und Herren! Darf ich gleich bei § 4 — weil der Herr Präsident mit Recht erwähnte, daß der Tag des Inkrafttretens bereits in die Abstimmung über § 4 einbezogen werden muß — auf folgendes hinweisen: Die strukturelle Überleitung der Versorgungsempfänger muß spätestens mit einer etwaigen Anhebung der Grundgehälter, also mit dem Inkrafttreten einer solchen Verbesserung in Kraft treten. Ich schlage Ihnen also vor — falls nachher im Anschluß daran die Erhöhung der Grundgehälter um 6 Prozent ab 1. Juli beschlossen wird, woran ich nicht zweifle —, den Tag des Inkrafttretens vom 1. August auf den 1. Juli dieses Jahres vorzulegen.

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Wollen Sie sich diesen Antrag zu eigen machen? — Besteht Einverständnis? — Dann darf ich den § 4 zur Abstimmung stellen mit der Maßgabe, daß als Tag des Inkrafttretens, der dann in § 5 noch besonders beschlossen wird, der 1. Juli 1962 vorzusehen ist.

Wer dem § 4 mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe bitte! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

§ 5 würde dann lauten:

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1962 in Kraft.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein

Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Damit ist die Einzelabstimmung abgeschlossen. Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz

zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Ich unterstelle Ihr Einverständnis, die dritte Lesung unmittelbar anzuschließen. — Ich stelle fest, daß sich Widerspruch dagegen aus dem Hohen Hause nicht erhebt.

Ich eröffne im Rahmen der dritten Lesung die allgemeine Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die allgemeine Aussprache.

Ich eröffne die Einzelberatung. — Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung in der dritten Lesung. Ihr liegen die Beschlüsse der zweiten Lesung zugrunde. Ich rufe auf § 1 —, § 2 —, § 3 —, § 4 —, § 5.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz, die sich unmittelbar anschließen kann.

Zur Schlußabstimmung der Herr Abgeordnete Köglspurger.

Köglspurger (SPD): Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei ist von den Ergebnissen der Beratungen nicht befriedigt, insbesondere daß der Stichtag trotzdem eingeführt wurde. Sie ist auch von manchen der Änderungen nicht befriedigt. Sie wird aber dem Gesetz trotzdem zustimmen, weil es eine wesentliche Verbesserung für einen erheblichen Teil der Versorgungsempfänger ist.

Präsident Hanauer: Weitere Erklärungen zur Abstimmung liegen nicht vor.

Ich stelle das Einverständnis des Hohen Hauses mit der sofort vorzunehmenden Schlußabstimmung fest. — Ich schlage dem Hohen Hause vor, die Schlußabstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Damit besteht Einverständnis.

Wer dem Gesetz in der soeben beschlossenen Form die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Danke. Die Gegenprobe! — Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? — Bei 2 Stimmenthaltungen der Betroffenen ist das Gesetz einstimmig angenommen.

(Abg. Bezold: Die Enthaltung war nur bei dem einen Paragraphen!)

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz

zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir uns augenblicklich an beamtenrechtlichen Problemen erwärmt und uns in die Materie beamtenrechtlicher Vorschriften hineingearbeitet und hineingedacht haben, schlage ich Ihnen vor, die Ihnen zwischenzeitlich zugeleitete Nachtrags-tagesordnung, die einen Dringlichkeitsantrag

(Präsident Hanauer)

der SPD und einen Antrag aus der Fraktion der Gesamtdeutschen Partei zum Inhalt hat, jetzt gleich aufrufen zu dürfen. Besteht damit Einverständnis oder erheben sich dagegen Bedenken? — Gut, dann rufe ich die Nachtragstagesordnung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Hoegner, Fischer, Sauer, Köglspurger und Fraktion betreffend Übergangszahlung an die Beamten und Versorgungsempfänger des Bayerischen Staates (Beilage 3132)

und

Antrag der Abgeordneten Hilburger, Dr. Becher und Fraktion betreffend Erhöhung der Grundgehälter der bayerischen Beamten und Versorgungsempfänger (Beilage 3152)

Hierzu ist ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten vom 10. Juli 1962 einschlägig, das mir bei Sitzungsbeginn zugeing, und das ich Ihnen zwar vielfältig vorlegen ließ, von dem ich Ihnen aber doch expressis verbis Kenntnis geben möchte. Es lautet:

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Bezüge der bayerischen Beamten an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Hierzu wird die Staatsregierung alsbald einen Gesetzentwurf vorlegen, der im Zuge einer allgemeinen Anhebung der Gehälter konstruktive Vorschläge für eine sozial wirksamere und familiengerechtere Gestaltung der Beamtenbesoldung enthält.

Bei der hierzu erforderlichen Abstimmung mit dem Bund und den Ländern wird sie, wie schon bisher, ihr Bestreben nach einer Harmonisierung der Beamtenbesoldung weiter mit Nachdruck verfolgen.

Die Staatsregierung hat ferner entsprechend dem Vorgehen anderer Bundesländer beschlossen, den Beamten des Freistaates Bayern auf die zu erwartenden Gehaltserhöhungen ab 1. Juli 1962 Vorschußzahlungen in Höhe von 6 v. H. des Grundgehalts zu zahlen und für die Versorgungsempfänger eine entsprechende Regelung zu treffen.

Ich bitte, den Bayerischen Landtag von diesem Beschluß zu unterrichten

— was hiermit geschehen ist —

und seine Ermächtigung zu der mit der Vorschußzahlung verbundenen überplanmäßigen Ausgabe von rund 34,8 Millionen DM im Vollzug des Haushalts 1962 herbeizuführen.

Über die Beratungen des Ausschusses für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung (Beilage 3155) berichtet der Herr Abgeordnete Köglspurger. Ich erteile ihm das Wort.

Köglspurger (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Besoldungsausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Beilage 3132 beschäftigt. Und zwar war ich selbst Bericht-

erstatter; Mitberichterstatter war Herr Kollege Dr. Sahliger.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD betrifft die Übergangszahlung an die Beamten und Versorgungsempfänger des Bayerischen Staates und lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird ermächtigt, bis zur gesetzlichen Regelung den Beamten und Richtern eine monatliche Übergangszahlung ab 1. Juli 1962 in Höhe von 6 % der Grundgehälter zu gewähren.
2. Bei der endgültigen gesetzlichen Regelung sind für die Laufbahngruppen des einfachen und mittleren Dienstes strukturelle Verbesserungen vorzusehen.
3. Die Bezüge für die Versorgungsempfänger werden entsprechend erhöht.

Gleichzeitig lag ein Antrag der Fraktion der GDP vom 6. Juli vor über die Erhöhung der Grundgehälter der bayerischen Beamten und Versorgungsempfänger:

Die Staatsregierung wird ersucht, mit Wirkung vom 1. Juli 1962 bis zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Beamtenbesoldung an die bayerischen Beamten und Versorgungsempfänger allmonatlich eine Abschlagszahlung in Höhe von 6 % der Grundgehälter zu leisten.

Die Sitzung begann um 11 Uhr. An der Sitzung nahm der Herr Finanzminister teil. Es wurde Bericht erstattet und auf die ganzen Verhältnisse hingewiesen, wie sie sich entwickelt haben, daß von einer Einheit der Besoldung im Bund und in den Ländern im Augenblick nicht mehr gesprochen werden könne, sondern daß gerade große Länder — Hessen z. B. — ihren Beamten bereits das Harmonisierungsgesetz bzw. andere Länder die 6prozentige Erhöhung gewährt haben; und daß wir in Bayern deshalb nicht darum herumkommen, auch für unsere Beamten nunmehr diese Änderung eintreten zu lassen.

Im Ausschuß bestand völlige Übereinstimmung darüber, daß die Verhältnisse nunmehr soweit seien, daß der Bayerische Landtag für die Beamten des Bayerischen Staates auch etwas tun müsse.

Der Herr Finanzminister, der dann in die Debatte eingriff, gab das Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten an den Herrn Landtagspräsidenten im Ausschuß bekannt, mit dem Beschluß des Ministerrats vom heutigen Tage, der wie folgt lautet:

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Bezüge der bayerischen Beamten an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Hierzu wird die Staatsregierung alsbald einen Gesetzentwurf vorlegen, der im Zuge einer allgemeinen Anhebung der Gehälter konstruktive Vorschläge für eine sozial wirksamere und familiengerechtere Gestaltung der Beamtenbesoldung enthält. Bei der hierzu erforderlichen Abstimmung mit dem Bund und den Ländern wird sie, wie schon bisher, ihr

(Köglsperger [SPD])

Bestreben nach einer Harmonisierung der Beamtenbesoldung weiter mit Nachdruck verfolgen.

Die Staatsregierung hat ferner entsprechend dem Vorgehen anderer Bundesländer beschlossen, den Beamten des Freistaates Bayern auf die zu erwartenden Gehaltserhöhungen ab 1. Juli 1962 Vorschußzahlungen in Höhe von 6 v. H. des Grundgehalts zu zahlen und für die Versorgungsempfänger eine entsprechende Regelung zu treffen.

An sich wäre die Geschichte jetzt sehr einfach gewesen. Der Ministerrat hat mit diesem Beschluß praktisch dem Dringlichkeitsantrag der SPD und auch dem Antrag der Gesamtdeutschen Partei entsprochen. Er hat dem Dringlichkeitsantrag der SPD auch insofern entsprochen, als er selbst der Überzeugung Ausdruck gegeben hat, daß eine prozentuale Erhöhung der Beamtengehälter für die Gesamtheit der Beamten immer eine gewisse Ungerechtigkeit bedeute und daß infolgedessen eine sozial- und familiengerechtere Besoldungsordnung vorgelegt werden soll. Wir konnten nach dieser eindeutigen Erklärung auf die Ziffer 2 des SPD-Antrags verzichten.

Bei der Abstimmung ist es, meiner Auffassung nach eigentlich nur formal, insofern etwas schwierig geworden, als die Regierungsparteien verständlicherweise gern unsere Anträge nicht mehr im Plenum gesehen hätten, sondern nur den Beschluß des Ministerrats. Das ging aber nicht, und so hat sich der gesamte Ausschuß einmütig dazu bekannt, das Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten und den Beschluß des Ministerrats zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Es wurde aber darauf bestanden, daß auch über die **Anträge der Parteien** entschieden wird. Die Regierungsparteien haben sich dabei aus rein formalen Gründen, weil sie glaubte, die Zustimmung zum Ministerratsbeschluß genüge, der Stimme enthalten.

Es sind dann einmütig die Anträge auf den Beilagen 3132 und 3152 in der Fassung gebilligt worden:

Die Staatsregierung wird ermächtigt, bis zur gesetzlichen Regelung den Beamten und Richtern eine monatliche Übergangszahlung ab 1. Juli 1962 in Höhe von 6 Prozent der Grundgehälter zu gewähren. Die Bezüge für die Versorgungsempfänger werden entsprechend erhöht.

Nachdem ein Gesetz einen gerechten Ausgleich bringen soll, wurde diese Fassung einstimmig bei Stimmenthaltungen der CSU angenommen.

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Panholzer.

Dr. Panholzer (BP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bayernpartei nimmt den Antrag Dr. Hoegner und Fraktion vom heutigen Vormittag an.

Ich habe bereits am 20. Juni, als der Nachtragshaushalt eingebracht worden ist, stark kritisiert, daß nichts für eine Angleichung der Beamtenbezüge an die gestiegenen Lebenshaltungskosten enthalten sei. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß bei den Beamten schon aus dem Grund eine große Mißstimmung bestehe, weil die Bezüge der Staatsangestellten seinerzeit, nachdem eine Urabstimmung begonnen hatte, allgemein aufge bessert worden sind. Die Rücksichtnahme auf den Bund, die der Herr Finanzminister zur Rechtfertigung seines Standpunktes angegeben hat, hat sich als trügerisch erwiesen. Nun gehören wir ziemlich zu den letzten, die die Konsequenzen aus der Notwendigkeit, die Beamtenbezüge den anderen Erhöhungen anzugleichen, ziehen.

Es ist eine schwierige Sache, wenn man sich entschließen will, einen **Grundsatz**, den man aufstellt, auch durchzuhalten. Der Herr Bundesfinanzminister hat gemeint, jede Erhöhung müsse unterbleiben, wo immer sie gefordert werde. Aber der Bundesfinanzminister Starke war nicht stark genug, die Bundesregierung war sehr viel weicher. So haben wir am laufenden Band Erhöhungen von Löhnen und Gehältern erlebt. Damit war das Prinzip durchbrochen und daraus mußte man notwendigerweise auch die erforderlichen Konsequenzen ziehen und den Mut haben, es zu tun. Ich habe noch einmal während der Beratung des Nachtragshaushalts diese Frage aufgegriffen. Auch damals hat der Herr Finanzminister eine Berücksichtigung im Nachtragshaushalt abgelehnt und uns darauf getröstet, man müsse warten, bis der Bund den ersten Schritt tue. Heute tut ihn der Bund nicht, wir aber tun ungefähr den vorletzten Schritt dazu.

Ich bitte also, dem Antrag des Herrn Kollegen Dr. Hoegner und Fraktion, den wir zu unserem eigenen machen, zuzustimmen.

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Staatsminister der Finanzen.

Staatsminister Dr. Eberhard: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Panholzer geben mir Veranlassung, doch einige **Klarstellungen** anzubringen. Wenn er sagt, wir gehören nun in Bayern zu den letzten,

(Zuruf: Zu den vorletzten!)

— am Anfang hat er gesagt zu den letzten, am Schluß zu den vorletzten, die diese Regelung durchführen, dann ist das ein relativer Begriff im Atomzeitalter bei einer Spanne von 7 Tagen; denn genau heute vor einer Woche geschah das Unglück von Nordrhein-Westfalen,

(Heiterkeit bei der SPD)

noch dazu wenn man bedenkt, daß innerhalb dieser 7 Tage ein Wahlkampf in den letzten Zügen lag und die Wahlentscheidung vom vergangenen Sonntag war.

(Abg. Dr. Hoegner: Es hat nichts mehr geholfen!)

Wir haben vergangenen Donnerstag in Bonn auf der Finanzministerkonferenz die neue Situation

(Staatsminister Dr. Eberhard)

besprochen, und Sie dürfen überzeugt sein, daß es uns nicht leicht gefallen ist, entsprechende Entschlüsse zu fassen, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde. Bei der Position der Länder gegenüber dem Bund mag man darüber denken, wie man will, weil die neue Situation nicht viel günstiger und vorteilhafter geworden ist. Ich will aber nicht mehr die Frage prüfen, wer recht gehabt hat. Ich habe aber von Anfang an im Senat, im Plenum, in den Ausschüssen, im Haushaltsausschuß und auch hier im Parlament erklärt, daß dann, wenn sich für 1962 noch Auswirkungen finanzieller Art im Rahmen einer Erhöhung der Beamtenbesoldung ergeben sollten, vom Land Bayern diese Erhöhungen selbstverständlich mit Vorrang berücksichtigt werden.

(Sehr richtig!)

Mehr konnte ich im Rahmen einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, daß keiner vorprellt und aus der Reihe tanzt, in dieser Frage nicht tun. Heute früh hat das Kabinett beschlossen, sich dem Vorgehen der anderen Länder anzuschließen, und aus dem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Landtagspräsidenten, das im Landtagsamt gegen 11 Uhr angelangt ist, haben Sie entnehmen können, daß wir bemüht sind, bei der Vorlage des Gesetzesentwurfs auch konstruktive Vorschläge für eine sozial wirksamere und familiengerechtere Gestaltung der Beamtenbesoldung durchzuführen und einzubauen. Ich glaube, das ist das, was uns seit Jahren bewegt und was schließlich auch im letzten Ende bei einer endgültigen Regelung der Beamtenbesoldung berücksichtigt werden sollte.

Aber lassen Sie mich in aller Bescheidenheit Ihnen jetzt nur noch ein paar **Zahlen** mit auf den Weg geben, weil man so manchmal den Eindruck haben könnte, als ob das Parlament und die Regierung in den Ländern und etwa auch in Bayern sich der Fürsorge- und der Obsorgepflicht gegenüber den Beamten nicht bewußt wären. Wir haben soeben in der dritten Lesung beschlossen — und ich freue mich darüber, daß es einstimmig geschehen ist — eine jährliche Belastung aus dieser Verbesserung der Beamtenbesoldung von 42 Millionen DM. Sie beschließen jetzt gleich eine jährliche Belastung von 70 Millionen DM. Sie beschließen am morgigen Tage mit einer weiteren Verbesserung des Stellenschlüssels im Nachtragshaushalt eine Verbesserung um 4 Millionen DM, und Sie werden sicherlich, mindestens bei der Harmonisierungsnovelle, die wir Ihnen möglichst im Herbst vorlegen zu können hoffen, 32 Millionen DM beschließen nach dem, wie es jetzt in der Bundesnovelle eingebaut ist. Das gibt zusammen für die jährliche Mehrbelastung unseres bayerischen Staatshaushalts die stattliche Summe von rund 150 Millionen DM.

(Hört, hört!)

Daran sollten auch die Beamten unseres Landes nicht vorübergehen. Sie sollten daraus ersehen, daß es nicht darum geht, nur einen Punkt herauszugreifen, sondern daß man fairerweise all diese Dinge zusammen sehen und auch zusammen beurteilen muß. Und ein Mehr von 150 Millionen DM,

von 1963 ab in dieser vollen Höhe, muß erst von unseren Steuerzahlern in Bayern auf die Beine gebracht werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Finanzministers geben mir Veranlassung, die Übereinstimmung der Uhren im Landtagsamt und in der Staatskanzlei für die Zukunft festzustellen. Für den heutigen Tag ist noch eine Diskrepanz von 2 Stunden zu vermerken. Aber vielleicht läßt sich das beheben.

Weitere Wortmeldungen? — Herr Kollege Dr. Zdralek!

Dr. Zdralek (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Staatsminister hat uns ein Bukett vorgelegt, das mit 150 Millionen DM abschließt, und er hat die sehr verständige Folgerung daraus gezogen, daß die Bayerische Staatsregierung für die Beamten das tut, was ihrer Treuepflicht entspricht. Der Herr Staatsminister hat eine Mahnung daran geknüpft — so habe ich es jedenfalls aufgefaßt —, daß die Beamten sich dieser Erfüllung der Treuepflicht bewußt sein sollten. Sie sind sich dessen bewußt, Herr Staatsminister, und sie danken Ihnen dafür, daß Sie in den ganzen Verhandlungen, die in der letzten Zeit im Wege der Entwicklung geführt worden sind, ein Ohr für die Beamten gehabt haben.

Was die Beamten für nicht richtig empfinden, ist, daß auch, wenn man etwas für notwendig zu tun erkannt hat, die erforderlichen Entscheidungen immer irgendwie verzögert werden, damit die Verbesserungen so spät wie möglich in Kraft treten. Daß die Erhöhung der Beamtenbezüge kommen mußte, wußte seit Wochen und Monaten jede Regierung. Das wußte auch die Bundesregierung.

Die Zahlen sind zwar imposant; ich möchte es mir aber versagen, heute diese Zahlen mit anderen Zahlen zu vergleichen, die ohne Diskussion im Bundestag bei ordentlichen und außerordentlichen Haushalten entgegengenommen und beschlossen werden.

Die Beamten sind mit den Beschlüssen, die heute offenbar gefaßt werden, sicherlich zufrieden. Daß diese Beschlüsse in dieser — ich möchte sagen — immerhin noch zu verzeichnenden Schnelligkeit gefaßt werden, verdanken die Beamten den Anträgen meiner Fraktion, und ich danke dem Herrn Finanzminister, daß er wenigstens in diesem Fall einmal Verständnis für einen Antrag meiner Fraktion gezeigt hat.

(Verschiedene Zurufe von der CSU, u. a.
Zuruf des Abg. Euerl: Es lebe der Wahlkampf!)

Präsident Hanauer: Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt zugrunde der Beschluß des Beamtenrechtsausschusses auf der Beilage 3155. Wer dem die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke! Die

(Präsident Hanauer)

Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Es ist offenbar nur ein Beamter hier.

(Heiterkeit)

Der Antrag ist bei 1 Stimmenthaltung, sonst einstimmig angenommen.

Damit ist diese Nachtragstagesordnung — es ist die erste; es werden noch weitere folgen — erledigt, und wir kehren zur regulären Tagesordnung zurück.

Ich rufe auf Punkt 5: Zweite Lesung zum

Antrag der Abgeordneten Dr. Merk, andere und Fraktion, Dr. Becher, Riediger, Dr. Wüllner und Fraktion betreffend Gesetz über die Errichtung einer 4. Landesuniversität (Beilage 2854)

Über die Beratungen des Ausschusses für kulturpolitische Fragen (Beilage 3128) berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Schubert. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Schubert (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Gesetzentwurf über die Errichtung einer 4. Landesuniversität umfaßt einen umfangreichen Komplex, der an sich eine längere Berichterstattung notwendig machen würde. Da aber die gesamte Materie in den großen Ausschüssen dieses Hauses, im Kulturpolitischen Ausschuß, im Ausschuß für den Staatshaushalt und im Rechts- und Verfassungsausschuß, und darüber hinaus auch in den Fraktionen monatelang sehr gründlich behandelt worden ist, darf ich Ihnen vielleicht, auch wenn es sich nicht um einen einstimmig gefaßten Beschluß handelt, in meiner Berichterstattung nur einen gedrängten Überblick über den Verlauf der Beratungen im Kulturpolitischen Ausschuß geben.

Nach Rücksprache mit den Herren Fraktionsvorsitzenden ist auch eine Einigung darüber zustande gekommen, daß in der allgemeinen Aussprache zu dem Gesetzentwurf von jeder Fraktion nur ein Sprecher auftreten wird, wodurch das Bayerische Parlament seine Einmütigkeit in dieser Frage bewußt zum Ausdruck bringen will.

Meine Damen und Herren! Der Antrag auf ein Gesetz über die Errichtung einer 4. Landesuniversität liegt Ihnen auf Beilage 2854 vor. Er hat den Wortlaut:

Art. 1

Der Freistaat Bayern errichtet eine vierte Landesuniversität mit vollem wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetrieb.

Art. 2

Sitz der Universität ist Regensburg.

Art. 3

Die Staatsregierung erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften.

Art. 4

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktion der Christlich-Sozialen Union und der Fraktion der Gesamtdeutschen Partei wird ausgeführt:

Im Rahmen des Gesamtausbaues der wissenschaftlichen Hochschulen in Bayern erscheint die Neugründung einer Universität mit Sitz in Regensburg notwendig. Es soll damit im ostbayerischen Raum zum Nutzen der Studierenden ein neues Forschungs- und Lehrzentrum geschaffen werden.

Die Neugründung soll unbeschadet des erforderlichen Ausbaues der bestehenden Universitäten erfolgen. Es sollen weder die Planungen zur Errichtung einer technischen Fakultät an der Universität Erlangen/Nürnberg noch die für die Schaffung einer medizinischen Akademie in Augsburg beeinträchtigt werden.

Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen soll die Staatsregierung in angemessener Frist die Vorbereitungen zur Aufnahme des in Art. 1 vorgesehenen vollen Forschungs- und Lehrbetriebs treffen.

Der Antrag wurde am 21. Februar dieses Jahres eingereicht.

Der Kulturpolitische Ausschuß hat sich nun in einer Reihe von Sitzungen zwischen dem 22. März und dem 3. Juli mit dem gesamten Fragenkomplex befaßt, zu dem über den Gesetzesantrag hinaus noch eine Reihe weiterer Anträge zur Beratung vorlag.

In der Sitzung vom 22. März erinnerte der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses daran, daß die Fraktion der Gesamtdeutschen Partei bereits am 23. November 1960 in einem Antrag auf Beilage 1785 um die Vorlage eines Berichts über die Voraussetzungen der Errichtung einer neuen Universität in Regensburg unter Berücksichtigung der Vorschläge des Wissenschaftsrats ersucht habe. Am 13. Januar 1961 habe dann der Oberbürgermeister von Regensburg, Herr Abgeordneter Schlichtinger, gemeinsam mit anderen SPD-Abgeordneten auf Beilage 1885 den Antrag eingebracht, daß, ohne den Ausbau der bestehenden Universitäten in Bayern zu gefährden, in Regensburg eine vierte Landesuniversität zu errichten sei. Am 23. März 1961 habe eine große Anzahl von Mitgliedern aller Fraktionen mit Ausnahme der FDP neuerdings einen Antrag eingebracht, wonach die Staatsregierung ersucht wird, unverzüglich alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die vom Wissenschaftsrat für Süddeutschland geforderte weitere Universität in Bayern, und zwar in Regensburg, errichtet werden könne.

Neben diesen Anträgen, deren Hauptziel die Errichtung einer Universität in Regensburg ist, liegen noch mehrere Anträge, die sich mit der Hochschulfrage beschäftigen, z. B. ein Antrag auf Errichtung einer Technischen Hochschule im nordbayerischen Raum und ein weiterer Antrag mit dem Ziel der Errichtung einer Medizinischen Akademie in München oder Augsburg.

Der Vorsitzende verließ dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß in der Frage der Errichtung

(Dr. Schubert [CSU])

einer vierten Landesuniversität in Regensburg Einigkeit herrsche, und sagte wörtlich: „Wir wollen eine Universität in Regensburg haben, und wir sind uns alle bewußt, daß es sich damit um eine ganz große Angelegenheit handelt, ja, ich, glaube, ohne Übertreibung sagen zu dürfen, um ein geschichtliches Ereignis!“

Der Berichterstatter Dr. Schubert schickte einen geschichtlichen Überblick voraus. Das Thema der Errichtung einer vierten Landesuniversität bewege die Gemüter seit nunmehr 15 Jahren. Wenige Wochen, nachdem der erste Nachkriegslandtag zusammengetreten war, habe die CSU die Initiative zur Errichtung einer vierten Landesuniversität in Bayern ergriffen, als am 10. Dezember 1947 bereits der niederbayerische Abgeordnete und Landrat Prechtl mit 25 Abgeordneten seiner Fraktion den Antrag stellte:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer vierten bayerischen Landesuniversität vorzulegen und hierfür schon für den Haushalt 1948 die Mittel vorzusehen.

Ein halbes Jahr später sei ein weiterer Antrag von CSU-Abgeordneten gefolgt, mit dem derzeitigen Ministerpräsidenten Dr. Ehard und dem verstorbenen Prälaten Meixner an der Spitze, denen sich ein FDP- und ein WAV-Abgeordneter angeschlossen hätten.

Im zweiten Jahr der ersten Legislaturperiode verstärkte dann die CSU ihre Initiative: Dr. Ehard, Prälat Meixner und 61 weitere CSU-Abgeordnete stellten einen bis in die Einzelheiten gegliederten Antrag, der den Wiederaufbau der zerstörten Universitäten und die Neugründung einer vierten Landesuniversität zur Entlastung der bestehenden Universitäten forderte. Mitunterzeichner dieses Antrags waren zwei FDP-Abgeordnete, neun WAV-Abgeordnete und sechs fraktionslose Abgeordnete.

Ende 1949 brachten zum erstenmal 13 Abgeordnete der SPD zusammen mit vier Abgeordneten der FDP, drei Abgeordneten der Freien Parlamentarischen Vereinigung und zwei fraktionslosen Abgeordneten einen Antrag ein, der den Wiederaufbau der zerstörten Universitäten und die Errichtung einer vierten staatlichen Universität in Regensburg verlangte.

Alle diese Anträge wurden im Kulturpolitischen Ausschuß angenommen. 1950 hat der Haushaltsausschuß entgegen dem Beschluß des Kulturpolitischen Ausschusses einen anderen Beschluß gefaßt. Er lautete:

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wolle dem Ausbau der bayerischen Universitäten München, Würzburg und Erlangen im Hinblick auf ihre gesteigerte Besucherzahl alle Sorge zuwenden, insbesondere die zerstörten Universitäten München und Würzburg beschleunigt wieder aufbauen, damit sie ihren alten Rang im Rahmen der deutschen Hochschulen wieder einnehmen können.

In der Sitzung des Plenums am 16. Februar 1950

stimmte das Plenum diesem Beschluß des Haushaltsausschusses zu. Damit waren die Befürworter einer vierten Landesuniversität am Ende der ersten Legislaturperiode unterlegen. Denn das Plenum hatte sich durch diesen Beschluß für den Ausbau der bestehenden Universitäten entschieden und damit praktisch die Neugründung einer vierten Landesuniversität abgelehnt.

In der zweiten Legislaturperiode, also von 1950 bis 1954, griff die CSU das Thema erneut auf. Sie beantragte, die vierte Landesuniversität in Regensburg zu errichten sowie die erweiterte Hochschule in Regensburg stufenweise, längstens in zehn Jahren, zur Universität auszubauen. Die anderen Punkte des Antrags enthielten wieder haushaltsrechtliche und organisatorische Bestimmungen. Dieser Antrag fand Ende September 1952 die Annahme im Kulturpolitischen Ausschuß. Am 8. Oktober 1952 trat das Plenum in namentlicher Abstimmung der ablehnenden Haltung des Haushaltsausschusses bei. Damit war auch in der zweiten Legislaturperiode die vierte Landesuniversität abgelehnt worden.

In den darauf folgenden Jahren stand die Errichtung einer vierten Landesuniversität nicht mehr grundsätzlich zur Diskussion. Das Thema wurde nur noch gelegentlich einer Anfrage oder bei der Aussprache zum Kultusetat am Rande erwähnt.

(Zurufe)

— Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß ich noch kürzer berichten soll. Ich kann es natürlich auch ganz kurz machen.

Meine Damen und Herren! Eine völlige Änderung der kulturpolitischen Situation trat ein, als der Wissenschaftsrat im November 1961 seine Empfehlungen zur Lösung der hochschulpolitischen Fragen auf Bundesebene gab. Diese Empfehlungen sind Ihnen allen bekannt. Den Kernpunkt dieser Empfehlungen bildet die Forderung auf Errichtung von drei neuen Universitäten auf dem Boden der westdeutschen Bundesrepublik. An erster Stelle wird München genannt, das vordringlich einer Entlastungsuniversität bedürfe. In mehreren Sitzungen hat dann der Kulturpolitische Ausschuß, den Empfehlungen des Wissenschaftsrats folgend, den Gesetzentwurf zur Errichtung einer vierten Landesuniversität beraten und in seiner Sitzung am 3. Juli endgültig darüber Beschluß gefaßt. In der Einzelabstimmung haben beide Berichterstatter Zustimmung zu den einzelnen Artikeln beantragt. Mitberichterstatter war der Herr Kollege Gentner.

In der Gesamtabstimmung wurde dann der Gesetzentwurf dem Plenum gegen zwei Stimmen zur Annahme empfohlen.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß des Kulturpolitischen Ausschusses beizutreten.

Präsident Hanauer: Über die Verhandlungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 3139) berichtet der Herr Abgeordnete Zillibiller. Ich erteile ihm das Wort.

Zillibiller (CSU), Berichterstatter: Meine

(Zillibiller [CSU])

Damen und Herren! Den vorliegenden Gesetzesantrag hat der Haushaltsausschuß am 5. Juli behandelt. Mitberichterstatter war Herr Kollege Gabort.

Nachdem der Haushaltsausschuß vorher bereits die unter Ziffer 6 der Tagesordnung aufgeführten Anträge behandelt hatte, ergab sich zu der Frage keine weitere Sachdebatte. Es wurde nur die Frage angerührt, ob es nötig sei, dafür ein eigenes Gesetz zu verabschieden. Nachdem seitens des Ministeriums erklärt worden war, daß die Gesetzesvorlage von Vorteil sei, ist diese Frage erledigt gewesen.

In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzesantrag bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Präsident Hanauer: Über die Verhandlungen des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsfragen (Beilage 3143) berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Huber (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungsfragen und Rechtsfragen hat sich in seiner 196. Sitzung vom 6. Juli 1962 mit dem Antrag betreffend ein Gesetz über die Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg befaßt. Mitberichterstatter war Herr Kollege Dr. Kriegisch, Berichterstatter war ich.

Ich habe als Berichterstatter ausgeführt, daß es sich zwar um einen Organisationsakt handle, daß aber ein Gesetz zulässig und im Hinblick auf das Hochschullehrergesetz sogar notwendig sei.

Der Mitberichterstatter hat sich dieser Auffassungen angeschlossen.

Herr Kollege Dr. Alfred Seidl machte Bedenken aus Artikel 79 der Bayerischen Verfassung geltend. — Herr Kollege Dr. Hoegner bemerkte demgegenüber, diese Bestimmung beziehe sich nur auf den festgesetzten Haushaltsplan, also auf das jeweilige Haushaltsjahr. Im Etat 1962 sei ein einschlägiger Betrag nicht enthalten. Der Herr Kollege Dr. Seidl hat demgegenüber an der Auffassung festgehalten, nach Artikel 79 der Bayerischen Verfassung müsse die Deckung auch für künftige Jahre da sein. Vorsitzender Dr. Held, ich als Berichterstatter, der Herr Mitberichterstatter, sowie die Kollegen Dr. Hoegner und Dr. Merk sind dieser Auffassung entgegengetreten. Übereinstimmend wurde die Meinung vertreten, daß Artikel 79 der Bayerischen Verfassung sich nicht auf künftige Haushalte beziehen könne und auch gar nicht beziehe, weil das Volumen künftiger Haushalte nicht für längere Zeit vorausszusehen ist. Herr Kollege Dr. Seidl hat dann beantragt, es möge beschlossen werden, gegen den Gesetzentwurf rechtliche Bedenken zu erheben. Für diesen Antrag hat aber nur er selbst gestimmt. Der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Von mir wurde dann beantragt, einen Artikel 3 a einzufügen, der da lautet:

Artikel 2 Absatz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Lehrer und Assistenten

an Hochschulen und Kunsthochschulen (Hochschullehrergesetz — HSchLG —) — Beilage 3143 — erhält folgende Fassung:

Die Universitäten in München, Würzburg, Erlangen/Nürnberg und Regensburg

— Diese Ergänzung ist nötig aus den Gründen heraus, die ich vorher bereits für die Notwendigkeit, diesen Gegenstand durch ein Gesetz zu regeln, angeführt habe. Es wurde einstimmig beschlossen, diesen Artikel 3 a zur Aufnahme vorzuschlagen.

Zu Artikel 5 wurde auf meinen Vorschlag hin beschlossen, als Tag des Inkrafttretens den 1. August 1962 festzulegen.

In der Gesamtabstimmung wurde bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich darf das Hohe Haus bitten, diesem Beschluß beizutreten.

Präsident Hanauer: Die Berichterstattung ist beendet. Meine Damen und Herren! Ich hatte zunächst zu Beginn der Sitzung angeregt, die Berichterstattung auch auf die Punkte 6 bis 8 zu erstrecken. Ich möchte dies, weil es sich hier um ein Gesetz und dort um Anträge handelt, jetzt nicht tun, sondern mich zunächst auf das Gesetz beschränken. Wenn die Aussprache, sofern eine solche gewünscht wird, die Dinge schon mit antizipiert, können wir uns bei den Punkten 6 bis 8 darauf als bereits besprochen und damit auf erworbenes Kapital beziehen.

Ich eröffne dann im Rahmen der zweiten Lesung zu diesem Gesetzentwurf die allgemeine Aussprache. Wortmeldungen? — Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen. Wir treten gemäß § 60 Absatz 3 in die Einzelberatung ein.

Der Abstimmung liegen zugrunde der Initiativgesetzentwurf (Beilage 2854) und die Beschlüsse des Ausschusses für kulturpolitische Fragen (Beilage 3128), des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 3139) und des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsfragen (Beilage 3153). Die Ausschüsse schlagen eine unveränderte Annahme vor.

Ich eröffne die Aussprache zu Artikel 1 —. Wer dem beitreten will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — 7 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen! — Bei einer Stimmenthaltung gegen 7 Stimmen angenommen.

Wir kommen zu Artikel 2 —. Wer dem beitreten will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — 8 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? — Keine. Bei 8 Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen zu Artikel 3 —. Wer dem beitreten will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — 9 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen! — Gegen 9 Stimmen ohne Stimmenthaltungen angenommen.

Der Ausschuß für Rechtsfragen und Verfassungsfragen schlägt die Einfügung eines neuen Artikels 4 vor, der da lauten soll:

Artikel 2 Absatz 2 Nr. 1 des Gesetzes über die

(Präsident Hanauer)

Rechtsverhältnisse der Lehrer und Assistenten an wissenschaftlichen Hochschulen und Kunsthochschulen (Hochschullehrergesetz — HSchLG — vom ... GVBl. S. ...)

erhält folgende Fassung:

Die Universitäten in München, Würzburg, Erlangen/Nürnberg und Regensburg

Wer der Einfügung dieses Artikels 4 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — 8 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? — Bei 8 Gegenstimmen ohne Enthaltung ist der Artikel eingefügt.

Wir kommen dann zu Artikel 4, der nunmehr Artikel 5 wird:

Das Gesetz tritt am 1. August 1962 in Kraft.

Wer dem beitreten will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — 8 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? — Ohne Stimmenthaltung bei 8 Gegenstimmen angenommen.

Hiermit ist die Einzelabstimmung abgeschlossen. Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz über die Errichtung einer vierten Landesuniversität.

Meine Damen und Herren! Änderungen wurden nicht vorgeschlagen; wenn Widerspruch sich nicht erhebt, kann die dritte Lesung unmittelbar abgeschlossen werden. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne im Rahmen der dritten Lesung die allgemeine Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Ich eröffne die Einzelberatung. Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung in der dritten Lesung. Ihr liegen die Beschlüsse der zweiten Lesung zugrunde. Ich rufe auf Artikel 1 —, 2 —, 3 —, 4 — und 5.

Wir kommen zur **Schl u ß a b s t i m m u n g** über das ganze Gesetz. Sie kann unmittelbar nach der dritten Lesung erfolgen, wenn die Beschlüsse der zweiten Lesung in der dritten Lesung unverändert geblieben sind, was der Fall ist. — Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich schlage dem Hohen Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Wer dem Gesetz in der soeben beschlossenen Fassung die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Danke. Die Gegenprobe! — 10 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? — Mit einer Stimmenthaltung ist das Gesetz angenommen.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz über die Errichtung einer vierten Landesuniversität.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. Der Gesetzentwurf kann nun dem Bayerischen Senat zugeleitet werden.

Ich rufe auf Punkt 6 der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Schlichtinger und anderer betreffend Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg (Beilage 1885)

Antrag der Abgeordneten Dr. Fischer und anderer, Schlichtinger und anderer, Dr. Becher, Dr. Wüllner und Fraktion, Pöllath, Dr. Fischbacher, Dr. Ernst betreffend Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg (Beilage 2145)

Antrag Dr. Hoegner, Schlichtinger und Fraktion betreffend vorbereitende Maßnahmen für die Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg (Beilage 2969)

Es berichtet zunächst über die Beratungen des Ausschusses für kulturpolitische Fragen (Beilage 3085) der Herr Abgeordnete Gentner. Ich erteile ihm das Wort.

Gentner (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Hohe Haus — —

(Abg. Bezold: Überholt!)

— Nein, Herr Kollege; ich komme gleich darauf. Das Hohe Haus hat — wenn man von der abweichenden Haltung einer einzigen Fraktion absieht — soeben mit erfreulicher Einmütigkeit die Errichtung einer vierten Landesuniversität in Bayern, und zwar in Regensburg, beschlossen.

Bei den Erörterungen im Kulturpolitischen Ausschuß, die sich vom 22. März bis zum 3. Juli hingen, standen im Mittelpunkt der Beratungen drei Anträge: der Antrag auf Beilage 1885, den der Herr Kollege Dr. Schubert schon bekanntgegeben hat, der Antrag auf Beilage 2145, den Herr Kollege Dr. Schubert ebenfalls erwähnte, und nun liegt noch ein dritter Antrag auf Beilage 2969 vor, den ich aber, wie ich meine, nicht zur Verlesung bringen brauche, da das Wichtigste aus diesem Antrag in einem zusammengezogenen Antrag auf Beilage 3085 zum Ausdruck kommt. Herr Kollege Schlichtinger hat in der Sitzung vom 7. Juni die drei erwähnten Anträge zu diesem neuen Antrag zusammengezogen, der folgendermaßen lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die vom Wissenschaftsrat für Süddeutschland geforderte weitere Universität in Bayern, und zwar in Regensburg, errichtet werden kann.

Besonders soll die geistige Planung durch ein vom Kultusministerium zu berufendes Gremium aus Wissenschaftlern und Parlamentariern sofort in Angriff genommen werden.

Vom Haushaltsjahr 1963 an sollen Planungsmittel bereitgestellt werden. 1965/66 soll mit dem Bau der Universität begonnen werden.

(Gentner [SPD])

Unbeschadet der Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg darf der Ausbau der bestehenden Universitäten einschließlich der Pädagogischen Hochschulen nicht vernachlässigt werden.

Nun gibt es Kollegen in diesem Hause, die der Meinung sind, dieser Antrag sei angesichts des eben beschlossenen Gesetzes überflüssig. Wir aber sind der Meinung — und diese Meinung wurde vom Kollegen Schlichtinger im Ausschuß ausführlich dargetan —, daß das eben beschlossene Gesetz zu wenig konkrete Forderungen enthält. Wir finden, daß besonders der Artikel 3 die Dinge, die geschehen sollen, in großem Maße dem Kultusministerium überläßt und daß es richtig sei, hier konkrete Forderungen aufzustellen und Festlegungen zu treffen.

Der Kulturpolitische Ausschuß hat den von mir eben verlesenen Antrag mit 17 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Ich darf das Hohe Haus bitten, ebenso zu verfahren.

Präsident Hanauer: Über die Beratungen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 3133) berichtet der Herr Abgeordnete Zillibiller. Ich erteile ihm das Wort.

Zillibiller (CSU), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat über diese drei Anträge in der Form beraten, daß er den vom Kulturpolitischen Ausschuß beschlossenen Antrag, der die drei Anträge zusammenfaßt, zugrundegelegt hat. In der Sitzung vorher hatte der Herr Finanzminister bereits eine Erklärung zu dieser Frage abgegeben, da er bei der Sitzung selbst nicht anwesend sein konnte.

Der Herr Kollege Kallenbach erwähnte, daß er die finanzielle Frage, die durch den Haushaltsausschuß in erster Linie zu untersuchen gewesen wäre, nicht so nebensächlich behandelt wissen wollte, wie dies bisher geschehen sei. Bei der gegebenen finanzpolitischen Situation im Bund und den dadurch unklaren Verhältnissen erscheine es ihm notwendig, den Absatz 3 des Antrags zu streichen, der eine gewisse finanzielle Bindung für die nächsten Jahre bedeute, und in Absatz 4 nicht von Universitäten, sondern allgemein von Hochschulen zu sprechen.

Herr Kollege Dr. Eisenmann betonte, daß nach der Erklärung des Herrn Finanzministers wohl keine Schwierigkeit mehr bestehen könne, über den Antrag in der Form abzustimmen, wie der Kulturpolitische Ausschuß vorgeschlagen hat. Denn gegenüber 1950, als die Frage einer Universitätsgründung in Regensburg und Bamberg schon einmal zur Debatte stand, habe sich sehr viel verändert.

Herr Kollege Zietsch erklärte, daß für ihn die finanzielle Seite in den Vordergrund trete; denn so positiv, wie es eben angesprochen worden sei, hätten die Erklärungen des Finanzministers nicht gelautet.

Der Abänderungsantrag Kallenbach auf Streichung von Absatz 3 und Änderung von Absatz 4 wurde gegen 2 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Absatz 4 wurde dann doch noch geändert; man sprach nicht mehr von Universitäten, sondern von Hochschulen. Gegen eine Stimme bei drei Stimmenthaltungen wurde dann der Antrag auf Beilage 3085 angenommen; lediglich in Absatz 4 ergibt sich folgende Änderung:

Unbeschadet der Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg darf der Ausbau der bestehenden Hochschulen nicht vernachlässigt werden.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

Präsident Hanauer: Es handelt sich also um die Anträge auf Beilage 1885, 2145 und 2969, die von den Ausschüssen zu einem neuen Antrag auf Beilage 3085 zusammengefaßt wurden, wobei jedoch der letzte Absatz dieser Formulierung nach dem Beschluß des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen eine Abänderung erfahren sollte. Es wird jetzt von Pädagogischen Hochschulen nicht mehr gesprochen, sondern der letzte Absatz soll lauten:

Unbeschadet der Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg darf der Ausbau der bestehenden Hochschulen nicht vernachlässigt werden.

Ich lasse also über die Formulierung des Beschlußantrags auf Beilage 3085 mit der sich aus der Beilage 3133 ergebenden Änderung des letzten Absatzes abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — 9 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? — 2 Stimmenthaltungen. Bei 9 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe nun auf Punkt 7 der Tagesordnung:

Anträge der Abgeordneten Zink und anderer betreffend Errichtung einer technischen Fakultät für Kernphysik und Strahlenforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg (Beilage 2234)

Dr. Merk, anderer und Fraktion betreffend Errichtung einer technischen Fakultät an der Universität Erlangen-Nürnberg und Errichtung einer Medizinischen Akademie in Augsburg (Beilage 2855)

Es berichtet über die Beratungen des Ausschusses für kulturpolitische Fragen (Beil. 3087, 3129) zunächst der Herr Abgeordnete Sonntag und dann der Herr Abgeordnete Dr. Schubert.

Sonntag (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für kulturpolitische Fragen hat sich in seiner 109. Sitzung am 7. Juni 1962 mit dem Antrag des Abgeordneten Zink u. a. betreffend Errichtung einer technischen Fakultät für Kernphysik und Strahlenforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg

(Sonntag [SPD])

befußt. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter der Herr Kollege Euerl.

Gleichzeitig mit diesem Antrag wurde erledigt der Antrag Dr. Merk, Fink H., Klughammer, Dr. Pirkl, Dr. Pöhner, Schäfer K., Dr. Vorndran und Fraktion betreffend Errichtung einer technischen Fakultät an der Universität Erlangen—Nürnberg, und zwar in seinem ersten Teil.

Der erste Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Errichtung einer technischen Fakultät für Kernphysik und Strahlenforschung an der Universität Erlangen—Nürnberg in Erwägung zu ziehen.

Die erste Hälfte des 2. Antrags lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend die Errichtung einer technischen Fakultät an der Universität Erlangen—Nürnberg in die Wege zu leiten.

Der Berichterstatter verwies zunächst auf die Seite 11 der Denkschrift des Kultusministeriums, wo es heißt:

Insbesondere auf dem Gebiet der Kernphysik besteht voraussichtlich ein hoher Bedarf an ausgebildeten Kernphysikern und Strahlenforschern.

Er verwies ferner auf die Seiten 20 und 22 der Denkschrift, wo das Kultusministerium bezüglich der Universität Erlangen bemerkt, daß dort die Errichtung einer technischen Fakultät finanzielle Mittel von rund 100 Millionen DM erfordere, daß der Wissenschaftsrat für den Ausbau der Naturwissenschaftlichen Fakultät bereits 19 neue Lehrstühle gefordert habe und daß für den Ausbau der Technischen Fakultät für Kernphysik und Strahlenforschung sicherlich noch einige zusätzliche Lehrstühle notwendig seien.

Der Kulturpolitische Ausschuß meinte, daß trotz Schulreform, Errichtung einer 4. Landesuniversität und gleichzeitigem Ausbau der bestehenden Hochschulen sowie Errichtung einer Medizinischen Akademie in Augsburg und in München besonders auch die Errichtung einer Technischen Fakultät für Kernphysik und Strahlenforschung an der Universität in Nürnberg in Erwägung zu ziehen sei.

Der Herr Mitberichterstatter Euerl stellte fest, daß schon im Jahre 1903, also lange bevor man die Errichtung einer 4. Universität in Regensburg gedacht habe, eine technische Abteilung angegliedert werden sollte.

Es entspann sich dann eine längere Diskussion, in die besonders die Antragsteller, die Herren Zink und Dr. Vorndran eingriffen.

Nach längerem Hin und Her entschloß sich der Ausschuß zu einer neuen Fassung mit folgendem Wortlaut:

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend die Errichtung einer Technischen Fakultät an der Universität Erlangen—Nürnberg in die Wege zu leiten.

Diese Fassung wurde bei 2 Stimmenthaltungen, im übrigen einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus, diesem Votum beizutreten.

(Zuruf des Abg. Bezold)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Bezold, darf ich erst die Berichterstattung zu Ende führen lassen!

Die ergänzende Berichterstattung hat Herr Abgeordneter Schubert.

Dr. Schubert (CSU), Berichterstatter: Der zweite Teil des Antrags auf Beilage 2855 fordert die Errichtung einer Medizinischen Akademie in Augsburg.

Nachdem der Kulturpolitische Ausschuß nach gründlicher Sachbehandlung zur Auffassung gelangt ist, daß die Voraussetzungen für die Errichtung einer Medizinischen Akademie in Augsburg im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates durchaus gegeben seien, beantragten beide Berichterstatter die Zustimmung zu diesem Grundsatzbeschluß.

Das Ergebnis der Abstimmung: Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Beschluß des Kulturpolitischen Ausschusses beizutreten.

Präsident Hanauer: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Zillibiller das Wort zu ergreifen und den Bericht für den Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 3134) zu geben.

Zillibiller (CSU), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat diese Frage am 5. Juli behandelt. Er hat sich nach der Beilage 3087 gerichtet, die der Kulturpolitische Ausschuß erarbeitet hat.

Es ist lediglich die Frage nach dem Grundstück und die Frage nach der Konzeption, die das Kultusministerium in Bezug auf die Technische Fakultät hat, aufgetaucht. Das Ministerium hat, soweit jetzt eine Erkenntnis möglich ist, eine befriedigende Antwort gegeben. Der Antrag auf Beilage 3087 wurde bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Bezüglich der Medizinischen Akademie in Augsburg hat sich der Haushaltsausschuß ebenfalls nach der entsprechenden Beilage des Kulturpolitischen Ausschusses gerichtet und dem Antrag in folgender Form zugestimmt:

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend die Errichtung einer Medizinischen Akademie in Augsburg in die Wege zu leiten.

Präsident Hanauer: Herr Abgeordneter Bezold!

Bezold (FDP): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, bei der Abstimmung zwischen Erlangen und Augsburg zu trennen.

Präsident Hanauer: Herr Abgeordneter Fink!

Fink Hugo (CSU): Nicht als Abgeordneter von

(Fink Hugo [CSU])

Augsburg, aber für meine Fraktion bitte ich, diesen Antrag abzulehnen.

(Sehr richtig! bei der BP)

Meine Damen und Herren! Die hochschulpolitische Vorstellung meiner Fraktion beinhaltet erstens den Gesetzentwurf Regensburg, dem wir mit großer Mehrheit zugestimmt haben, zweitens Erlangen und drittens Augsburg. Wir wollen überall das Erforderliche tun. Wir wollen auch den Empfehlungen des Wissenschaftsrats folgen und eine der sieben Medizinischen Akademien in Bayern errichten. Wir sind der Auffassung, daß das in Augsburg sehr wohl geschehen kann. Wir sind also der Meinung, daß diese Vorstellungen, wie ich schon im Kulturpolitischen Ausschuß gesagt habe, ein zusammengehöriges Paket sind. Wir wollen das nicht getrennt wissen und ich bitte deshalb, den Antrag des verehrten Herrn Kollegen Bezold abzulehnen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Präsident Hanauer: Ich darf also zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen, wonach über den Antrag, dessen Formulierung wohl dem Antrag auf Beilage 2855 entspricht und sowohl Erlangen-Nürnberg wie Augsburg betrifft, getrennt abgestimmt werden soll.

Wer für die Trennung in zwei verschiedene Abstimmungsgänge ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Geschäftsordnungsantrag ist mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Demnach wird über den Antrag im ganzen abgestimmt.

Der Beschluß, den Sie zu fassen haben — da meine Unterlagen nicht völlig klar zu sein scheinen und die Beilage 3087 nur einen Teil enthält, bitte ich die Herren Berichterstatter, mich gegebenenfalls zu korrigieren —, lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend die Errichtung einer Technischen Fakultät an der Universität Erlangen-Nürnberg und einer Medizinischen Akademie in Augsburg in die Wege zu leiten.

Wer dem die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann bleibt mir nur noch übrig, den Punkt 8 der Tagesordnung aufzurufen und damit das Universitätskapitel abzuschließen:

Antrag des Abgeordneten Ohliger und anderer betreffend Errichtung einer Medizinischen Akademie in München (Beilage 2053)

Über die Beratungen des Ausschusses für Kulturpolitische Fragen (Beilage 3088) berichtet der Herr Abgeordnete Lauerbach; ich erteile ihm das Wort.

Lauerbach (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Antrag des Abgeordneten Ohliger und anderer, der den Kulturpolitischen

Ausschuß in seiner 109. Sitzung am 7. Juli 1962 beschäftigte, hat folgenden Wortlaut:

Die Staatsregierung wird ersucht, zur Gründung einer Medizinischen Akademie in München Verhandlungen mit der Landeshauptstadt München zu führen und dem Landtag hierüber baldmöglichst zu berichten.

Mitberichterstatter war der Herr Kollege Ungermann.

Der Berichterstatter verwies in diesem Zusammenhang auf die Denkschrift der Staatsregierung, worin die Gründung Medizinischer Akademien empfohlen, aber auch festgestellt wird, daß es in München einer zusätzlichen Medizinischen Akademie nicht bedarf, wenn neben dem Neubau des Klinikums in Großhadern auch ein Ausbau und eine Modernisierung des Klinikums der Medizinischen Fakultät im Stadtinnern von München durchgeführt wird. Im übrigen stellte der Berichterstatter fest, daß nicht die Gründung einer neuen Medizinischen Akademie in der Absicht der Antragsteller liege, sondern daß es eigentlich darum gehe, den bei weitem nicht ausreichenden Lehrkörper an der Medizinischen Fakultät durch eine Heranziehung der an den städtischen Großkrankenhäusern tätigen habilitierten Ärzte zum Vorteil der Studenten zu erweitern.

Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus, vom Berichterstatter um eine Stellungnahme gebeten, stellte dann fest, daß die Forderung der Antragsteller im Grunde sowieso schon erfüllt sei. Die Oberärzte hielten nämlich, soweit sie habilitiert seien, Vorlesungen in allen städtischen Krankenhäusern. Die Einbeziehung der dort tätigen habilitierten Dozenten in die Prüfungskommission für die ärztlichen Prüfungen sei jedoch nicht möglich, weil dies eine Angelegenheit allein der Bestallungsordnung und des Bundesärztegesetzes sei.

(Abg. Dr. Heubl und andere: Das war doch ein einstimmiger Beschluß, Herr Kollege!)

— Ich wollte das nur in dem Zusammenhang ausführen, weil ein Abänderungsantrag gestellt worden ist. Der Kultusminister erklärte, er habe keine Bedenken gegen Anträge der Medizinischen Fakultät, außer den bereits vorhandenen Prüfern weitere zu ernennen, und zwar habilitierte Ärzte der städtischen Krankenhäuser.

(Abg. Dr. Heubl: Kurz fassen!)

An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch eine Reihe von Kollegen, und schließlich stellte der Berichterstatter, um die Debatte abzukürzen, auf Grund der Diskussionsbeiträge einen Abänderungsantrag, der auch vom Mitberichterstatter gutgeheißen wurde und gegen den weder der Antragsteller noch der Herr Kultusminister Einwendungen erhob. Dieser Abänderungsantrag hatte folgenden Wortlaut:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag bis zum 1. Oktober 1962 zu berichten, inwieweit die städtischen Großkrankenhäuser einschließlich der dort tätigen und habilitierten Ärzte in den vollen Lehr- und Prüfungsbetrieb der Medizinischen Fakultät der Universität München einbezogen werden konnten.

(Lauerbach [CSU])

Dieser Antrag wurde, von 2 Stimmenthaltungen abgesehen, einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus, sich diesem Beschluß anzuschließen.

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Dazu liegen mir noch ein Abänderungsantrag der Fraktion der Freien Demokratischen Partei und eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Dehler vor. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Dehler (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, den Abänderungsantrag meiner Fraktion zu dem vorliegenden Antrag zu begründen. Wie sie mit einem Blick sehen, handelt es sich darum, daß der gleiche Prüfungsauftrag, der der Staatsregierung für die Einbeziehung der Münchener Großkrankenhäuser in den Ausbildungsbetrieb der Münchener Medizinischen Fakultät gegeben wird, auf die Fakultät an der Universität Erlangen—Nürnberg hinsichtlich des Nürnberger Großkrankenhauses erweitert werden soll. Ich darf dabei in Erinnerung bringen, daß meine Fraktion am 25. Januar 1961, also vor nunmehr schon eineinhalb Jahren, einen diesbezüglichen Antrag hier im Hohen Hause eingebracht hat, der nach unserer Kenntnis allerdings bis heute weder eine Behandlung noch eine Erledigung fand. Da es sich nicht um einen Grundsatzbeschluß, sondern nur um einen Berichtsauftrag handelt, scheint es mir recht und billig zu sein, die auch im Raum Erlangen—Nürnberg seit Jahren diskutierten Lösungsmöglichkeiten ebenfalls in den Grundsatzbericht aufzunehmen und eine grundsätzlich vernünftige Entwicklung, die mit dem vorliegenden Antrag für München beabsichtigt ist, auch in Nürnberg für den fränkischen Raum zu ermöglichen.

Präsident Hanauer: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. — Wir haben also abzustimmen über den Antrag auf Beilage 2053 in der Formulierung des Beschlusses auf der Beilage 3088. Dazu liegt aber nun ein Abänderungsantrag vor, der sich von

der endgültigen Formulierung darin unterscheidet, daß die Worte „und Nürnberg“ bzw. „und Erlangen/Nürnberg“ eingefügt sind. Sonst ist der Wortlaut gleich.

Ich habe über den Abänderungsantrag der Fraktion der FDP, der als Beilage zu Ziffer 8 der Tagesordnung vorliegt, vorweg abstimmen zu lassen. Ist der Antrag bekannt? Habe ich ihn noch zu verlesen? — Nein.

Dann bitte ich um ein Handzeichen, wer dem Abänderungsantrag und damit dem gesamten Antrag in der abgeänderten erweiterten Fassung nach dem Antrag der FDP-Fraktion die Zustimmung geben will. — Ich danke. Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Stimmenthaltungen? — Bei einer Reihe von Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist der Antrag mit Mehrheit angenommen. Damit ist der Punkt 8 ebenfalls erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Sitzung für heute schließen. Die beiden Punkte 9 und 10, die uns nicht lange aufhalten, möchte ich morgen eventuell auch noch mit einem Teil der Punkte 11 bis 14 nach der nachmittägigen Abstimmung über den Nachtragshaushalt erledigen.

Damit kann der Donnerstag für Ausschusssitzungen vorbehalten werden. Im Auftrag des Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses darf ich bekanntgeben, daß der Geschäftsordnungsausschuß am Donnerstag um 10 Uhr zusammentritt. Ich glaube, der Rechts- und Verfassungsausschuß wird um 9 Uhr zusammentreten, um über die Einwendungen, die vom Senat zu einigen Gesetzen kommen, noch Beratung zu pflegen.

Die Sitzung nimmt ihren Fortgang morgen früh um 9 Uhr zunächst mit der Berichterstattung und dann mit dem Beginn der Aussprache zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung.

Die Sitzung ist für heute geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 18 Minuten)